

Wolfgang Schulz · Max Haller
Alfred Grausgruber (Hrsg.)

Österreich zur Jahrhundertwende

Gesellschaftliche Werthaltungen und
Lebensqualität 1986 – 2004

Max Haller

2. Auf dem Weg zur mündigen Gesellschaft? Wertwandel in Österreich 1986 bis 2003.*)

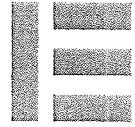
- 2.1 Einleitung: Das Ende des 20. Jahrhunderts – eine Umbruchperiode in Österreich
- 2.2 Werteverfall, Wertwandel oder zunehmende Durchsetzung universeller Werte? Theorien und Thesen
- 2.3 Persistenz und Umschichtungen der Wertorientierungen, 1986 – 1993 – 2003. Empirische Befunde zu Partnerschaft und Familie, Arbeit und Politik
- 2.4 Wertwandel und sozialstruktureller Wandel. Ein Ansatz zu einer exakteren Analyse des Verlaufs und der Bestimmungsfaktoren des Wertwandels
- 2.5 Zusammenfassung

2.1 Einleitung: Das Ende des 20. Jahrhunderts – eine Umbruchperiode in Österreich

Siebzehn Jahre – der Zeitraum, den unsere Sozialen Surveys abdecken – erscheinen aus historischer Perspektive nicht lang. Und doch haben sich in den knapp zwei Jahrzehnten, seit Mitte der 1980er Jahre, eine Reihe tiefgreifender technologischer, wirtschaftlich-gesellschaftlicher und politischer Umbrüche vollzogen.

Die Revolution in der Informationstechnologie, insbesondere der Aufstieg des Internet, hat zu einer sprunghaften Beschleunigung der weltweiten kommunikativ- und wirtschaftlichen Verflechtung geführt; dafür wurde der neue Begriff der „Globalisierung“ kreiert, der in kürzester Zeit einen spektakulären Siegeszug er-

*) Für Hilfestellung bei der Datenanalyse danke ich Regina Ressler, für kritische Lektüre der Rohfassung Markus Hadler, Franz Höllinger und Regina Ressler.



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

(Wiesbaden 2005)

lebte. Dieser Wandel spiegelt sich auch in unseren Daten: Arbeiteten zum Zeitpunkt des ersten Survey, 1986, erst 9% der Österreicher an ihrem Arbeitsplatz mit einem Computer, stieg dieser Anteil bis 2003 auf 64%.

In weltpolitischer Hinsicht war der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme in Osteuropa und der Sowjetunion um 1989/90 das einschneidendste Ereignis. Für Österreich war dies von allergrößter Bedeutung, grenzte dieses Land doch im Nordosten, Osten und Südosten direkt an den Eisernen Vorhang. Hier sind die bereits nach dem Zusammenbruch der Monarchie reduzierten Austauschbeziehungen zu einem nahezu völligen Abbruch gekommen und haben zu einer wirtschaftlichen Stagnation aller betroffenen Grenzregionen geführt. Mit dem Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union im Jahre 2004 eröffnen sich hier wieder viel positivere Perspektiven. Tiefgreifende politische Veränderungen vollzogen sich auch in Westeuropa, wo die Europäische Union mit dem Vertrag von Maastricht 1992 einen riesigen Binnenmarkt schuf, der die volle wirtschaftliche Integration von 15 Staaten initiierte und 10 Jahre später durch die Einführung einer gemeinsamen Währung seine Krönung erreichte.

Aber auch in Österreich gab es in dem betrachteten Zeitraum bedeutsame Veränderungen: Mit der Übernahme der FPÖ-Führung durch Dr. Jörg Haider im Jahre 1986 und ihrer Umwandlung in eine rechtspopulistische Massenpartei wurde eine massive Umschichtung der politischen Landschaft eingeleitet. Im gleichen Jahr gelangten die Grünen erstmals in den Nationalrat – ein klarer Hinweis auf die Bedeutungszunahme eines neuen politischen Themas. Schließlich wurde ebenfalls im Jahre 1986 Kurt Waldheim trotz – vielleicht sogar wegen – enormen internationalen Protests aufgrund seiner Rolle während des Zweiten Weltkrieges zum Bundespräsidenten gewählt. In den Jahren 1988 – 89 wurde Österreich erschüttert durch den Lucona-Skandal, bei dem sich herausstellte, dass zwei Minister (Karl Blecha und Leopold Gratz) den später wegen mehrfachen Mordes verurteilten Udo Proksch in Schutz genommen hatten, was letztlich zu ihrem Rücktritt führte. Ein ähnlich verheerend negatives Sittenbild, diesmal im katholisch-kirchlichen Bereich, kam zutage, als der amtierende Wiener Erzbischof und Kardinal Hans Hermann Groër beschuldigt wurde, in früheren Zeiten Kinder sexuell missbraucht zu haben; er beantwortete die Vorwürfe nur mit seinem Rücktritt im Jahre 1995. Die Jahre 1994 – 95 brachten mit der überraschend hohen Zustimmung zum EU-Beitritt Österreichs (66%) vielleicht die langfristig folgenreichste politische Entscheidung der von uns untersuchten Periode überhaupt. Ein weiterer „Höhepunkt“ der turbulenten 90er Jahre wurde erreicht, als die FPÖ unter Dr. Haider mit 27% der Stimmen bei der Nationalratswahl 1999 zur zweitstärksten Partei aufstieg. Das damit verbundene Ende einer langen Periode großer Koalitionen und der Regierungsantritt

der schwarzblauen Koalition unter Bundeskanzler Schüssel – begleitet von Sanktionsmaßnahmen der EU, die später allerdings eher als peinlich empfunden wurden – im Jahre 2000 markierte den Beginn einer neuen Epoche neoliberal inspirierter, struktureller Reformen in einem politisch härter gewordenen Klima. Aus der ehemaligen „Insel der Seligen“ schien eine innerlich zerrissene, von außen als fremdenfeindlich und autoritär wahrgenommene Gesellschaft geworden zu sein.

Bedeutsame Umschwünge erfolgten auch im Bereich der gesellschaftlich-politischen Grundwerte, wie sie in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommen und folgenreiche Auswirkungen auf die politische Praxis haben. So begann Ende der 1970er der Aufstieg des Neoliberalismus mit seiner Betonung von privatem Unternehmertum und Leistung, Zurückdrängung des Staats zugunsten von Privatbesitz und Markt, Förderung von freiem Wettbewerb und Selbstverantwortung an Stelle von gesetzlichen Regulierungen und wohlfahrtsstaatlichen Absicherungen. Kann man in der angelsächsischen Welt in den 1980er Jahren von einer eindeutigen ideologischen Vorherrschaft des Neoliberalismus sprechen (in Großbritannien regiert Margaret Thatcher von 1979 bis 1990, in den USA Ronald Reagan 1981-1989), so mehrten sich seither die Anzeichen, dass gemeinschaftliche und sozialstaatliche Orientierungen wieder stärker gefragt sind (für die USA vgl. Etzioni 1997). So kam in den Vereinigten Staaten 1993 der Demokrat Bill Clinton, in Großbritannien und Deutschland die Sozialdemokraten Blair und Schröder 1997/98 an die Macht.

Können wir Spuren dieser säkularen, gesellschaftlichen Wandlungsprozesse auch im Verhalten und in den Wertorientierungen der Bevölkerung Österreichs feststellen? Mit der hier vorgelegten dritten Erhebung des „Sozialen Survey“ ist es erstmals möglich, nicht nur unterschiedliche Meinungsbilder zwischen zwei Zeitpunkten zu erfassen, sondern auch Hinweise darauf zu erhalten, ob es sich dabei um längerfristige Trends handelt. Von solchen kann man ausgehen, wenn sich über die drei Zeitpunkte hinweg kontinuierliche Veränderungen in ein- und derselben Richtung abzeichnen. Die Ergebnisse werden zeigen, dass wir in diesem relativ kurzen Zeitraum von siebzehn Jahren in der Tat einige spektakuläre Wandlungsprozesse feststellen können; diese beziehen sich sowohl auf die Ebene der sozialen Strukturen und des Verhaltens, wie auch auf jene der gesellschaftlichen Einstellungen und Wertorientierungen.¹

Hier soll ein Überblick über die wichtigsten Wandlungstendenzen in den zentralen Lebensbereichen der Österreicher und Österreicherinnen unter einer einheitlichen inhaltlich-theoretischen Fragestellung gegeben werden. In den folgen-

¹ Für frühere Analysen des Wertwandels auf der Basis der Sozialen Surveys 1986 und 1993 vgl. Haller/Holm 1987 und Haller u.a. 1996. Eine auf den *World Value Surveys* beruhende Analyse des Wertwandels zwischen 1990 und 2000 haben Denz et al. (2001) vorgelegt.

den Abschnitten dieses Bandes werden ähnliche Analysen in vertiefter Form für alle gesellschaftlichen Teilbereiche durchgeführt. Dabei werden manchmal durchaus auch andere Interpretationen des Wandels vertreten als in diesem Beitrag.

2.2 Werteverfall, Wertwandel oder zunehmende Durchsetzung universeller Werte? Theorien und Thesen

In welche Richtung geht der Wertwandel? Wir können hier zumindest drei unterschiedliche Szenarios feststellen bzw. Diagnosen erkennen (vgl. dazu auch Klages 1984, 1993; Hillmann 1986; Hepp 1994; Prisching 1998; Roflsteutscher 2004).

(1) Relativierung von Werten und Werteverfall

Eine Reihe von Autoren konstatieren einen Bedeutungsverlust traditioneller Werte, ohne dass diese durch entsprechend neue und moderne ersetzt würden. Diese allgemeine These kann in dreierlei Form vertreten werden. Zum ersten kann man das mehr oder weniger ersatzlose Verschwinden von ehemals wichtigen, die Gesellschaft stützenden Werten konstatieren. Wer betrachtet voreheliche Keuschheit und Jungfräulichkeit, wer betrachtet das Sparen heute noch als Werte? In Österreich ist es geradezu die Regel geworden, dass man vor der Ehe mehrere Jahre zusammenlebt (dies häufig mit unterschiedlichen Partnern), oder dass man auf die Eheschließung überhaupt verzichtet, selbst wenn bereits Kinder gekommen sind. Ähnliches gilt für das Sparen, das heute eher als ein Verhalten gesehen wird, das Warenumsatz und Wirtschaftswachstum bremst denn als eine Tugend, die dem Einzelnen und der Volkswirtschaft nützt (Zahn 1960). Explizite Thesen eines solchen Werteverfalls werden vor allem von neokonservativen Autoren vorgetragen. Sie sprechen von, oder besser: klagen über einen generellen Werteverlust und Werteverfall, wie etwa die deutsche Sozialforscherin Elisabeth Noelle-Neumann (1978) in ihrem Buchtitel: „*Werden wir alle Proletarier?*“ Ein besonderes Problem stellt für diese Autoren der angebliche Rückgang des Wertes bei „Leistung“ dar. „*Ist Leistung unanständig?*“ fragt Helmut Schoeck (1971), Autor des in viele Sprachen übersetzten Werkes „*Der Neid und die Gesellschaft*“ (1966). Ziel dieser Attacken sind weniger die „Normalbürger“, sondern progressiv-liberale Theoretiker, die die Idee der Leistung intellektuell in Misskredit bringen und eine „*Priesterherrschaft der Intellektuellen*“ (Schelsky 1975) errichten. Diese neuen „Oberpriester der Kultur“ (Bell 1976:54), Künstler, Schriftsteller, Philosophen, Soziologen und Pädagogen, würden zwar selber vielfach Höchstleistungen erbringen (und da-

bei oft auch sehr gut verdienen), ihren Zeitgenossen und –genossen empfehlen und versprechen sie aber Befreiung vom Leistungsdruck, umfassende Mitwirkungsmöglichkeiten, neue Formen symbolisch-ritueller Selbstdarstellung. Bei kulturpessimistischen Diagnosen dieser Art wird verständlicherweise vor allem die Jugend aufs Korn genommen, ist doch sie vor allem die Trägerin der neuen Einstellungen und Verhaltensweisen. So stellte die österreichische Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Elisabeth Gehrler, im Jahre 2003 fest, die heutige Jugend solle weniger auf Partys herumrauschen und sich mehr der Kinderzeugung und –aufzucht widmen, um die Pensionen zu sichern. Dass sie damit in ein „Wespennest“ gestochen hat, belegt die Tatsache, dass diese Äußerung eine sehr heftige öffentliche Kontroverse entfachte. Annahmen dieser Art stecken in verkappter Form aber auch hinter den vordergründig radikalen Theorien der Individualisierung (Beck 1986; Beck-Gernsheim 1994), die eine Ablösung gemeinschaftsbezogener, traditioneller Werte durch einen Aufstieg individualistisch-egoistischer Haltungen diagnostizieren (König 1988).

Eine zweite Variante der These vom Werteverfall besagt, dass das traditionelle, kollektiv anerkannte Wertesystem abgelöst wird durch eine Vielzahl unterschiedlicher Werte, die nur mehr nebeneinander stehen. Von einer allgemeinen Verbindlichkeit bestimmter Grundwerte für die ganze Gesellschaft – vielleicht abgesehen von der Toleranz, jedem seinen individuellen Lebensstil zuzugestehen – könne man heute aber nicht mehr sprechen. Die Einzelnen könnten sich je nach Belieben Teile aus dem gesamten Wertekanon heraus schneiden und ihr Leben gestalten, wie immer sie wollen – vorausgesetzt, das Verhalten schadet niemand anderem (Bell 1976:54). In einer solchen „*Beliebigkeitsgesellschaft*“², so die Diagnose, verlieren auch ehemals anerkannte und verbindliche gesellschaftliche Institutionen, wie die Familie, politische Parteien und Kirchen an Boden (*These der Deinstitutionalisierung*). Ein klassischer früher Vertreter, der die Durchsetzung eines solchen Werteverfalls konstatierte, war der amerikanische Soziologe David Riesman. In seinem Bestseller „*Die einsame Masse*“ (Riesman 1958) diagnostizierte er für die USA schon in den 1950er Jahren den Aufstieg eines aufgelegiteten, angepassten Massenmenschen, für den das konfliktfreie Zusammenwirken mit anderen Menschen im Zentrum steht, nicht mehr die Verwirklichung allgemeiner Werte, das Streben nach hohen Leistungen in Beruf und Gesellschaft.

Eine dritte Variante dieser These besagt, dass Werte für menschliches Handeln seit jeher keine große Rolle gespielt haben, das Verhalten stets in erster Linie von Bedürfnissen und Interessen – individualistischen wie gruppenbezogenen – ge-

² Diesen Begriff verwendete der Wiener Erzbischof und Kardinal Christoph Schönborn in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ (Graz), abgedruckt am 14.11.2004, S. 4-5.

steuert wird. Der prominenteste Vertreter dieser Auffassung war ohne Zweifel Karl Marx, der Werte nur als Verbrämungen der Interessen der herrschenden (kapitalistischen) Klassen betrachtete. Für eine zeitgenössische Theorie dieser Art, die alles menschliche Verhalten durch den Nutzen erklärt, den es den Betroffenen bringt, erhielt der amerikanische Ökonom und Soziologe Gary S. Becker 1992 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften – ein deutlicher Hinweis auf die internationale Wertschätzung, die eine solche Perspektive genießt. Für eine autonome Bedeutung von Werten ist auch kein Platz im Rahmen verwandter soziologischer Theorien, die menschliches Handeln lediglich als rationale Wahl zwischen unterschiedlich profitablen Alternativen betrachten (Coleman 1991; Esser 1993).

(2) Wertewandel und Aufstieg neuer Werte

Die bekannteste These vom Aufstieg neuer Werte ist die *Theorie des Postmaterialismus*, entwickelt vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Ronald Inglehart (1989). Demnach haben steigender Lebensstandard der Bevölkerung und zunehmende sozialstaatliche Absicherung dazu geführt, dass die ehemals primär materialistischen Werte abgelöst wurden durch postmaterialistische Werte. Anstelle des Strebens nach einem gesicherten Arbeitsplatz und Einkommen, nach hohem materiellem Lebensstandard, nach Sicherheit und Ordnung, seien in der Nachkriegszeit zunehmend Werte getreten wie Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, Mitbestimmung und Partizipation. Die Thesen Ingleharts basieren auf der Theorie der Bedürfnishierarchie des Psychologen A. Maslow, wonach die Bedürfnisse des Menschen in einer Hierarchie von niedrigen (Überleben und materielle Sicherheit) bis hohen Bedürfnissen (Selbstverwirklichung) angeordnet sind; höhere Werte werden erst dann angestrebt, wenn die darunter liegenden befriedigt sind.

Sowohl die Theorien von Relativierung und Verfall alter wie jene vom Aufstieg neuer Werte erfassen wichtige Tendenzen des Wandels, weisen aber wesentliche Schwachstellen auf. Die These eines immer stärker vordringenden Individualismus und Egoismus übersieht, dass die Bedeutung sozialer Bindungen heute keineswegs abgenommen hat, wie sich im folgenden zeigen wird; wir werden auch sehen, dass von einem generellen Werteverfall keine Rede sein kann. Unzureichend ist auch die Theorie des Wertewandels. Zum einen konnte die These vom Aufstieg des Postmaterialismus in sorgfältigen empirischen Studien nicht bestätigt werden; so zeigt sich etwa, dass einzelne Aspekte des sogenannten „Materialismus“ mit dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur eines Landes variieren, aber keine langfristige Tendenz in einer bestimmten Richtung aufweisen (Haller 2002). Zum anderen stellt es eine grobe Vereinfachung dar, wenn man glaubt, die

Vielfalt und Komplexität der menschlichen Werte durch eine eindimensionale Skala („Materialismus“ versus „Postmaterialismus“) erfassen zu können. Seit es eine schriftlich dokumentierte menschliche Geschichte gibt, gibt es auch kulturell-ästhetische und spielerische Betätigungen und Ausdrucksformen, die sich nie bloß auf den Kampf um das Überleben zurückführen ließen (vgl. Huizinga 1956); ebenso gab es vermutlich immer auch Menschen, die sich von „höheren“ Werten im Sinne von Maslow anleiten ließen.

(3) Zunehmende Durchsetzung universeller Werte

In diesem Beitrag gehe ich von einem alternativen, dritten Ansatz aus, der besagt, dass wir schon deshalb nicht von der Entstehung und Durchsetzung neuer Werte sprechen können, weil es nur eine begrenzte Zahl grundlegender und universeller Werte gibt; diese Werte gelten im Prinzip für Menschen aller Epochen und Kulturen. Diese Position wurde zuletzt u.a. von der amerikanischen Sozialphilosophin Martha Nussbaum (1999) überzeugend vertreten und auch auf die Frage der Emanzipation der Frauen angewandt. Was wir beobachten können, ist zum einen ein Bedeutungsverlust von Werten, die unter den geänderten Lebensumständen keine wichtige Funktion mehr erfüllen, zum anderen aber auch eine Ausbreitung und Generalisierung von Werten in zweierlei Hinsicht: Zum einen werden bestimmte Werte auf immer mehr Menschen und umfassendere gesellschaftliche Gruppen bezogen, zum anderen erfassen sie immer mehr Lebensbereiche bzw. Subsysteme der Gesellschaft. Die Bedeutung dieser beiden Trends lässt sich sehr gut illustrieren am Beispiel des Wertes der Gleichheit: wurde etwa im Altertum (selbst in den kleinen Idealdemokratien Griechenlands) nur ein Bruchteil der Bevölkerung als Bürger, ja überhaupt als wirkliche Menschen betrachtet, erlangten dieses Recht seit dem späten Mittelalter in Europa immer mehr Menschen: zunächst die männlichen Besitzbürger, im 19. und frühen 20. Jahrhundert alle Männer, und seither auch Frauen (Damm 1975; Majer 1995). Bezog sich der Begriff der „Gleichheit“ früher nur auf die öffentliche Sphäre, wird er heute immer stärker auch auf die Arbeitswelt und die „privaten“ Bereiche von Partnerschaft, Ehe und Familie angewandt. Ähnliches lässt sich von vielen anderen Werten feststellen. So bezog sich ein Grundwert wie Solidarität und Mitgefühl und die daraus folgende Bereitschaft, mit anderen zu teilen und ihnen zu helfen, in einfachen, traditionellen Gesellschaften nur auf Familie und Verwandtschaft, kleine dörfliche oder städtische Gemeinschaften. Diese Gemeinschaften erweiterten sich im Zuge der steigenden Mobilität, als Folge von Industrialisierung und Aufbau der Nationalstaaten; heute können wir in Ansätzen bereits erkennen, dass sich so etwas wie Solidarität auf Weltebene

entwickelt. Ähnliches gilt für andere universelle menschliche Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit. Man erkennt bei all diesen Beispielen auch sehr leicht, dass der Übergang von einfachen zu komplexen Gesellschaften keineswegs einen ebensolchen von gemeinschaftlich-solidarischen zu gesellschaftlich-sachlichen, rationalistischen und wertindifferenten Haltungen impliziert, sondern auch eine Verallgemeinerung und Ausweitung solidarischer Prinzipien (vgl. dazu auch Etzioni 1997; Tönnies 1997; Boudon 2002 a, b).

Der Aufstieg eines sozial verantwortungsbewußten, institutionell gestützten Individualismus als zentrales Element des heutigen Wertwandels

Welches sind die Werte, die sich seit Beginn der Neuzeit und insbesondere im Übergang zur postindustriellen Gesellschaft durchgesetzt haben? Gibt es besonders zentrale Werte in dieser Hinsicht? Diese Frage lässt sich eindeutig bejahen: Es ist dies der Wert, die Würde des Einzelnen. Man kann in diesem Sinne auch von einem Siegeszug des „*Individualismus*“ sprechen, allerdings nicht (nur) in der Konnotation von zunehmender Ichbezogenheit und Egoismus, sondern im positiven Sinne des Strebens nach Autonomie und Selbstbestimmung, Respektierung der Würde und Freiheit jedes Menschen. Raymond Boudon (2002a,b) hat in einer Reihe neuerer Arbeiten darauf hingewiesen, dass die Idee des Individualismus schon bei den Klassikern der Soziologie eine zentrale Rolle spielte. So schrieb Durkheim in seinem Buch über die Arbeitsteilung (Durkheim 1977), Individualismus und freies Denken seien nicht erst in der antiken Demokratie oder durch die französische Revolution entdeckt worden, sondern spielten seit Beginn der Menschheitsgeschichte eine wichtige Rolle (Boudon 2002a:75). Georg Simmel (1923:528ff.) sah in der zunehmenden Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften und in der schärferen Ausbildung der Einzelpersönlichkeit zwei Seiten ein- und desselben Prozesses. Auch für Max Weber stellte das Streben nach zunehmender Achtung der Würde des Einzelnen, und der daraus folgenden Idee der Gleichheit aller Menschen ein fundamentales Prinzip der gesellschaftlich-kulturellen Entwicklung dar; er sah es erstmals klar formuliert in frühen Christentum (Weber 1973). In diesem Sinne interpretierte Weber die Geschichte der Menschheit als gesteuert durch das „heimliche“ Programm, Institutionen, Gesetze und Regeln des menschlichen Zusammenlebens zu entwickeln, welche die Würde der Person immer stärker respektieren (Boudon, 2002a:81; Margalit 1999). Daraus entsteht auch die revolutionäre Idee der universellen (Staats-) Bürgerschaft (citizenship); der Aufstieg des Christentums und des Sozialismus sind eng mit dieser Idee verknüpft. Schon Alexis de

Toqueville hatte die Macht des Prinzips der Gleichheit erkannt, die er als eine „allgemeine und beherrschende“ Leidenschaft der Menschen beschrieb (Toqueville 1976; vgl. auch Haller 2003: 541ff.). Das Ziel demokratischer Gesellschaften liege darin, dieses Prinzip in höherem Maße zu verwirklichen als alle anderen Staats- und Gesellschaftsformen.

Eine wichtige Frage lautet: Welche Rolle spielen soziale Institutionen in diesem Wandel? Bedarf der Mensch in modernen Gesellschaften, in denen die Individuen zwar nicht bar jeder moralischen Bindung sein mögen, aber doch viel autonomer über ihr Verhalten entscheiden können, noch der Stützung und Kontrolle durch öffentlich anerkannte Institutionen? Diese Frage wird häufig, wenn oft auch nur implizit, verneint. So wird der Übergang zu modernen Gesellschaften oft als ein Prozess der *Deinstitutionalisierung* beschrieben. Gerade in den letzten Jahrzehnten scheint der offenkundige Bedeutungsverlust der großen gesellschaftlichen und politischen Institutionen diese These schlagend zu belegen. Man braucht hier nur zu denken an Phänomene wie die scheinbare Auflösung von Ehe und Familie (Rückgang von Heiratsraten und Geburten, Anstieg von Scheidungen), den Rückgang des gewerkschaftlichen, politischen und kirchlichen Engagements, den Vertrauensverlust der öffentlichen Institutionen.

Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns überlegen, woher Werte und Institutionen kommen und welche gesellschaftlichen Funktionen sie erfüllen. Zwar muss man mit Popper (1973) davon ausgehen, dass Werte – wenn sie einmal als solche erkannt, ausformuliert und in verbindliche Normen und Institutionen umgesetzt worden sind – an sich Teil des universellen „Reichs der Ideen“ sind; in diesem Sinne besitzen sie eine von jeder Epoche und Gesellschaft unabhängige Existenz. Dennoch sind die hier und jetzt relevanten Werte untrennbar verbunden mit den konkreten Lebensumständen und Bedürfnissen der Menschen (Haller 1987). Wir können mit George Herbert Mead davon ausgehen, dass Werte letztlich in menschlichen Interessen fundiert sind; „eine moralische Handlung“, schreibt Mead (1968:35), ist eine „intelligente, gesellschaftlich ausgerichtete Handlung, bei der man die Interessen der anderen ebenso wie die der eigenen Identität beachtet.“ Konkrete Normen und soziale Institutionen sind unentbehrlich, weil sie gesellschaftliche Abstützung solcher Verhaltensweisen darstellen, die grundlegende Interessen bestimmter Gruppen von Menschen betreffen. Es sind dies insbesondere solche Gruppen, die nicht in der Lage sind, ihre Bedürfnisse und Interessen selber angemessen zu artikulieren und durchzusetzen. Kinder könnten ohne die gesellschaftlich gestützte Institution der Familie nicht überleben, ebenso wie Arbeitslose ohne sozialstaatliche Unterstützung; privates Eigentum wäre ebenso wenig gesichert wie die öffentliche Ordnung, wenn es kein Wirtschafts- und Strafrecht, keinen Justiz- und Polizeiapparat gäbe.

Aus einer solchen Sicht wird evident, dass die gesellschaftliche Entwicklung nie dahin gehen kann, dass Institutionen ersatzlos „verschwinden“. Was wir beobachten können, ist vielmehr ein kontinuierlicher *Strukturwandel der Institutionen* – ein Wandel, der den geänderten sozialstrukturellen Bedingungen ebenso Rechnung tragen muss wie der immer weiter gehenden Durchsetzung der grundlegenden Werte. Wenn wir die Entstehung neuer Institutionen verstehen wollen – die in modernen Gesellschaften durchaus als ein bewußter und geplanter (wenn auch in seinen Resultaten meist nicht vorhersehbarer) gesellschaftlicher Prozess zu sehen ist (Coleman 1991), – ist ihrem Bezug auf Werte ebenso Beachtung zu schenken, wie den hinter ihnen stehenden gesellschaftlichen Kräften und Interessen. Ein entscheidender Faktor, der zur Durchsetzung von Institutionen auch im Interesse schwächerer gesellschaftlicher Gruppen führt, ist die (nationale und weltweite) öffentliche Meinung, die sehr wohl unterscheiden kann zwischen legitimen Lebensbedürfnissen und Ansprüchen und eher interessen- und machtpolitisch begründeten Forderungen und Aktionen. Die von Vertretern schwächerer Gruppen oder Anwälten von universellen Grundwerten vorgebrachten „guten Argumente“ (Boudon 2002) stellen einen nicht zu unterschätzenden, eigenständigen Machtfaktor der gesellschaftlichen Entwicklung dar.

Drei Thesen zur Richtung des Wandels der Wertorientierungen

Aus den vorangegangenen Überlegungen kann man drei relativ konkrete Thesen ableiten, die die Interpretation der empirischen Befunde dieses Beitrages anleiten sollen.

1. *These: Als durchgehendes Prinzip läßt sich hinter den vielen spezifischen Veränderungen von gesellschaftlichen Einstellungen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen eine steigende Bedeutung der Autonomie, Würde und Entscheidungsfreiheit des einzelnen Menschen erkennen. Bei der Durchsetzung dieses Prinzips können allerdings auch Einseitigkeiten und Verwerfungen auftreten, die mit sozial negativen Folgen verknüpft sind und letztlich auch zum Nachteil der involvierten Individuen selber ausschlagen.*

Hier können wir uns der These von der zunehmenden „Individualisierung“ anschließen, jedoch nicht mit der implizit kulturkritischen, konservativ-wertenden Diagnose eines zunehmenden Egoismus; zentral ist vielmehr das Streben nach Erweiterung des individuellen Entscheidungs- und Freiheitsspielraums. Persönliche Autonomie und Entscheidungsfreiheit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein erfülltes und glückliches Leben, wie in einer Reanalyse des *World Value*

Survey gezeigt werden konnte (Haller/Hadler, 2004). Mit Albert Schweitzer (1981) kann man als letzte Begründung für die zunehmende Bedeutung des Wertes des Individuums vielleicht die Ehrfurcht vor dem Leben betrachten. Ein solcher Grundwert umfasst auch die nichtmenschliche Natur und Umwelt des Menschen, deren Bedeutung ebenfalls im betrachteten Zeitraum stark in unser Bewusstsein getreten ist – wenn auch das faktische Verhalten den offenkundigen Notwendigkeiten noch keineswegs entspricht (Haller/Troy 2003). Allerdings ist durchaus zu erwarten, dass das Streben nach individueller Autonomie und Freiheit nicht selten mit anderen wichtigen Bedürfnissen und Zielen in Konflikt gerät oder auch zu Verhaltensweisen und Situationen führen kann, die ihrerseits kaum als wünschenswert anzusehen sind.

2. *These: Enge soziale Bindungen und Beziehungen stellen auch in der modernen Gesellschaft zentrale individuelle Lebensziele und unverzichtbare gesellschaftliche Strukturelemente dar. Es läßt sich hierbei jedoch ein Wandel erkennen, der von mehr oder weniger selbstverständlich übernommenen, sozial standardisierten hin zu frei gewählten und individuell ausgestalteten Bindungen und Beziehungen geht. Mit dem Steigen der Ansprüche werden diese Beziehungen aber auch komplizierter und brüchiger und die Menschen daher generell nicht unbedingt glücklicher.*

Deutlich indiziert wird dieser Trend durch Phänomene wie sinkende Heirats- und Geburtenraten, steigende Scheidungsziffern. Empirisch von Bedeutung ist dieser Trend aber nicht nur in Partnerschaft, Ehe und Familie, sondern auch in den Bereichen des sozialen Engagements in der „Zivilgesellschaft“, in der Arbeitswelt und im öffentlichen Leben. Wir können jedoch annehmen, dass die Menschen sich auch heute ihren Mitmenschen gegenüber verantwortlich fühlen und bereit sind, entsprechende Aktivitäten zu entfalten (Hondrich/Arzberger 1992). Gerade die Soziologie ist dazu aufgerufen, die unverzichtbare Bedeutung von Eigenverantwortung, von sozialem Handeln und moralischem Handeln auch in wirtschaftlich reichen und politisch freien Gesellschaften aufzuzeigen (Wolfe 1989).

3. *These: Universelle Werte wie auch die Institutionen, in denen sich diese verkörpern, verlieren keineswegs an Bedeutung. Wir können jedoch einen signifikanten Wandel dergestalt erkennen, dass solche Werte und Institutionen in den Vordergrund treten, die einen klaren Bezug zu den gewandelten Bedürfnissen und Interessen der Menschen und Gruppen aufweisen, wie sie sich als Folge der wirtschaftlich-technischen, soziokulturellen und politischen Umwälzungen herausbilden. So wurde und wird laufend eine Fülle neuer sozia-*

ler Normen und Institutionen geschaffen, die sozial relevante Verhaltensweisen und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen betreffen. Auf der anderen Seite verlieren jene gesellschaftlichen Normen und Institutionen an Boden, deren soziale Funktion nicht mehr einsichtig ist, weil sie sich auf Verhaltensweisen beziehen, über die verantwortungsvolle Individuen selber entscheiden können.

Als Beispiel könnte man hier den Wandel von Werten und Normen im Bereich des sexuellen Verhaltens nennen. Werte wie vorheliche Keuschheit und Jungfräulichkeit waren früher auch „funktional“ sehr bedeutsam, da man über keine effizienten Verhütungsmittel verfügte und eine ledige Mutter praktisch nicht in der Lage war ihre Kinder allein aufzuziehen. Anstelle dieser Werte sind heute aber andere getreten, die zum Teil sogar gesetzlich festgeschrieben wurden, wie z.B. das Gebot, sexuellen Verkehr selbst in der Ehe nur mit Zustimmung beider Partner durchzuführen.

Betrachten wir nun auf dem Hintergrund dieser allgemeinen Überlegungen die wichtigsten Prozesse des Wertwandels im Laufe der vergangenen siebzehn Jahre.

2.3 Persistenz und Umschichtungen der Wertorientierungen, 1986 – 1993 – 2003: Empirische Befunde zu Partnerschaft und Familie, Beruf und Politik

In diesem Abschnitt sollen einige zentrale Tendenzen zum Fortbestand alter und zum Bedeutungsgewinn „neuer“ Werte zwischen 1986 und 2003 im Überblick dargestellt werden. Vier Aspekte werden hier behandelt: die relative Bedeutung der verschiedenen Lebensbereiche für die Einzelnen; der Bedeutungswandel von Partnerschaft und Familie; Veränderungen in Arbeits- und Berufsorientierungen; Wandel von Einstellungen und Partizipation im gesellschaftlich-politischen Bereich. Generelle Veränderungen in den Wertorientierungen können sich in zweierlei Formen durchsetzen: indem sie alle Menschen gleichermaßen erfassen, oder indem sie zuerst in bestimmten Gruppen auftreten und sich dann auf die gesamte Bevölkerung ausbreiten. Gruppen, die für neue Werte besonders empfänglich sind, ja den Wertwandel häufig initiieren, sind junge Menschen und Höhergebildete. Es werden daher bereits in diesem Abschnitt die Werthaltungen auch nach Alters- und Bildungsgruppen differenziert dargestellt. Im nächsten Abschnitt wird die relative Bedeutung dieser beiden Gruppen wie auch spezifischer Kontexte (etwa des städtischen im Unterschied zum ländlichen Kontext) für die Durchsetzung des Wertwandels untersucht.

Aufstieg der Freizeit- und Spießgesellschaft? Die fortdauernd zentrale Bedeutung von Partnerschaft und Familie, Arbeit und Beruf

Schon David Riesman (1958: 148) schrieb, dem modernen, außergeleiteten Menschen gehe es vor allem darum Geselligkeit und Vergnügen zu haben; die Möglichkeit dazu eröffnet sich nicht nur durch die zunehmende Freizeit; auch „das Gesellschaftsleben soll Spaß machen“. In der deutschsprachigen Literatur wird häufig davon gesprochen, dass die ehemals zentralen Lebensbereiche Arbeit, Beruf und Familie und die mit ihnen verbundenen „Pflichtwerte“ an Boden verlieren zugunsten „hedonistischer“ Orientierungen, denen es vor allem um Spaß am Hier und Jetzt geht (vgl. Schulze 1992; vgl. auch Prisching 1998; Schimank/Volkmann 2000). Entsprechen die empirischen Befunde dieser Diagnose?

Relevant sind hier die Ergebnisse auf eine Frage nach der *Wichtigkeit der verschiedenen Lebensbereiche* für die Österreicherinnen und Österreicher. Den Befragten wurden zu allen drei Zeitpunkten sieben solcher Bereiche vorgelegt.³ Die Befunde ergeben eine klare Rangreihung: An der Spitze stehen die Bereiche „Partnerschaft“, sowie „Familie und Kinder“, gut zwei Drittel geben diesen Bereichen die höchste Note auf einer siebenstufigen Skala (äußerst wichtig); insgesamt betrachten sie 80-90% der Befragten als sehr wichtig (vgl. Abbildung 2.1). Das sich hierbei nur geringe Unterschiede nach Alter und Bildung zeigen, belegt die Bedeutung dieser Bereiche noch zusätzlich. Nur junge Menschen (bis 29 Jahre) betrachten „Familie und Kind“ als weniger wichtig, was wohl die Tatsache reflektiert, dass die meisten von ihnen noch keine eigene Familie haben (vgl. Tabelle 1). Seit 1986 zeigt sich nur eine geringfügige Abnahme derer, die diesen Bereichen die höchste Wichtigkeit zumessen.

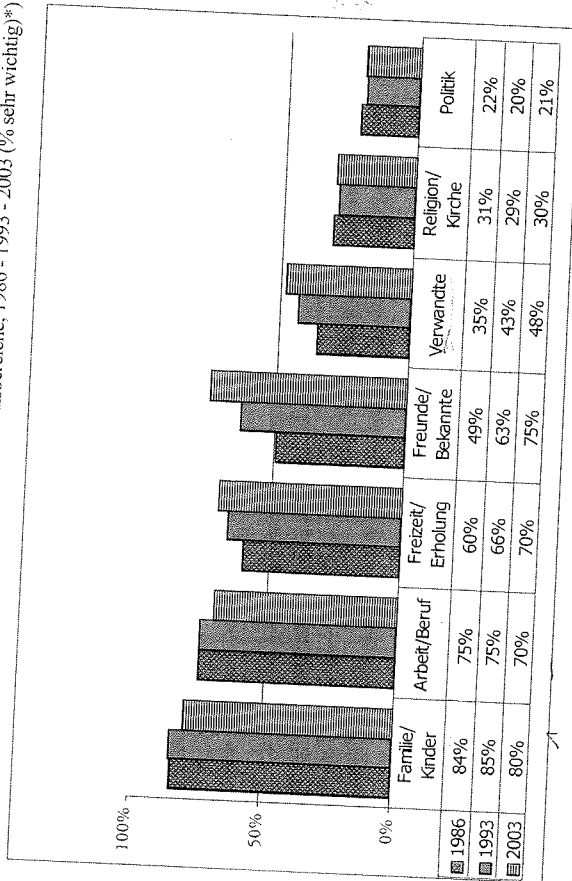
An zweiter Stelle folgen drei Bereiche: Arbeit und Beruf, Freizeit und Erholung, Freunde und Bekannte; diese werden jeweils von 40-50% der Befragten als „äußerst wichtig“, von 80-90% als sehr wichtig angesehen. Im Bereich „Arbeit/Beruf“ zeigen sich praktisch keine Variationen nach Alter und Bildung. Die beiden anderen Bereiche (Freizeit/Erholung, Freunde/Bekannte) sind den Jüngeren deutlich wichtiger, was jedoch weniger als Indikator für einen Wertwandel, denn als ein Lebenszyklus-Effekt interpretiert werden muss.⁴ Der Bereich „Freizeit“ ist z.B. jungen Menschen zu 49% sehr wichtig, alten Menschen nur mehr zu 32%. Im Zeitvergleich zeigen sich Veränderungen, die man im Sinne der vorhin genannten Thesen interpretieren könnte. So ist der Bereich „Arbeit/Beruf“ in seiner Bedeu-

3 Im jüngsten Survey wurde der Bereich „Partnerschaft“ neu hinzugefügt.

4 Um diese beiden Effekte klar zu trennen, müsste man eine vergleichende Kohortenanalyse durchführen, was aus Raumgründen hier nicht möglich ist.

tung etwas zurückgegangen, jener der „Freizeit/Erholung“, vor allem aber der „Freunde/Bekannte“, stark gestiegen (ähnlich schon Grausgruber-Berner/Grausgruber 1990).

Abbildung 2.1: Die Wichtigkeit der verschiedenen Lebensbereiche, 1986 - 1993 - 2003 (% sehr wichtig*)



*) Werte 6 und 7 auf einer Skala von 1 (unwichtig) bis 7 (sehr wichtig)
Quelle: Soziale Surveys 1986, 1993, 2003

Eher abgeschlagen folgt der Lebensbereich „Verwandtschaft“, Beziehungen zu Verwandten betrachten rund ein Viertel der Befragten als „äußerst wichtig“, immerhin noch zwei Drittel als „sehr wichtig.“ Überraschend ist, dass diesen Beziehungen im Zeitverlauf deutlich stärkere Bedeutung zugesprochen wird, während alters- und bildungsbedingte Unterschiede erstaunlich schwach sind. Diese Befunde widersprechen doch deutlich der These, wonach in der individualisierten „postmodernen“ Gesellschaft frei gewählte Beziehungen, wie Freundschaften, an Bedeutung gewinnen würden gegenüber „askriptiven“, von Geburt an gegebenen Beziehungen. Man kann jedoch zwei Gründe zur Erklärung unserer Befunde anführen. Zum einen sind auch Verwandtschaftsbeziehungen nichts ein für allemal Gegebenes; man kann – oder muss auch sie „pflegen“ (so haben z.B. erwachsene Kinder sehr unterschiedlich gute Beziehungen zu ihren alten Eltern). Auch können

aus der Mehrzahl von möglichen Beziehungen zu Verwandten (etwa zu Kusinen, Neffen/Nichten, oder auch zu Geschwistern, wenn man mehrere davon hat) ganz bestimmte besonders eng und wichtig sein. Ein zweiter Grund könnte sein, dass gerade in einer Zeit zunehmender geografischer Mobilität die Beziehungen, die man von Kindheit auf hat, an Bedeutung gewinnen (wobei auch hier die vorhin genannte Selektivität mit im Spiel sein mag).

Deutlich am Ende der Wichtigkeitsskala befinden sich zwei Bereiche: „Religion/Kirche“ und „Politik/öffentliches Leben“; sie werden nur von 10-20% der Befragten als äußerst wichtig, von etwa 20-30% als sehr wichtig betrachtet. Nur im Bereich Religion/Kirche zeigen sich Effekte in der erwarteten Richtung, dass sie nämlich von älteren und weniger gebildeten Menschen als wichtiger betrachtet werden. Überraschend ist, dass im Zeitverlauf keinerlei deutliche Tendenzen in Richtung einer abnehmenden Bedeutung dieser beiden Bereiche festzustellen sind. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass nicht das religiöse oder politische Interesse als solches zurückgeht, sondern vor allem das Interesse an den bislang gegebenen Möglichkeiten der Teilnahme in diesen Bereichen.

Wir können aus diesen Befunden drei allgemeine Folgerungen ziehen (vgl. auch Haller 1992, 10): (1) Es sind vor allem die unmittelbaren Lebens- und Wirkungsbereiche der Einzelnen, die diese für ihr Leben als zentral erachten. In diesen Bereichen ist eine klare Zurechnung der individuellen Entscheidungen und Handlungen möglich, zugleich sind die Gratifikationen und Belastungen direkt spürbar.

Tabelle 2.1: Die Wichtigkeit der Lebensbereiche nach Altersgruppen (2003)

Altersgruppen (N)	Anteile in %, denen Bereich sehr wichtig ist ¹⁾										
	16 - 29	30 - 39	40 - 49	50 - 59	60 - 69	70 +					
Familie und Kinder	55	72	71	68	71	64	66				
Partnerschaft ^{**}	59	71	68	63	61	48	62				
Arbeit und Beruf	48	45	49	50	48	37	46				
Freizeit und Erholung	49	45	43	42	35	32	42				
Freunde/Bekannte	63	47	44	40	35	41	46				
Verwandtschaft	28	24	22	25	23	31	26				
Religion und Kirche	9	16	14	17	25	28	17				
Politik u. öffentliches Leben	6	6	6	12	14	12	9				

*) Kategorie 7 auf einer Skala von 1 (unwichtig) bis 7 (sehr wichtig).

**) Nur 2003 abgefragt

Quelle: Sozialer Survey 2003

Dies alles gilt für Bereiche wie Religion und Kirche, oder Politik und öffentliches Leben viel weniger. (2) Die zentrale und z. T. sogar zunehmende Bedeutung von Bereichen wie Partnerschaft, Familie, Freunde und Verwandte belegt, dass die Durchsetzung stärker individueller Lebensorientierungen keineswegs die Ausbreitung eines solipsistischen, „ichbezogenen“ Individualismus involviert. Enge soziale Beziehungen werden weiterhin, wenn nicht noch stärker als früher, als ein zentrales Element eines erstrebenswerten und erfüllten Lebens angesehen (vgl. dazu auch den Beitrag von Bernhard Riederer in diesem Band). (3) Schließlich belegt die persistent hohe Bedeutung der Bereiche Ehe und Familie sowie Arbeit und Beruf im Gegensatz zu solchen Bereichen, in denen eher individualistisch-hedonistische Orientierungen zum Ausdruck kommen könnten (wie Freizeit, Freunde usw.), dass man kaum vom Aufstieg einer Freizeit- und Spaßgesellschaft sprechen kann, dass langdauernde soziale Bindungen und Verpflichtungen immer noch von entscheidender Bedeutung sind.

Insgesamt betrachtet, kann man also durchaus gewisse Verschiebungen in der relativen Bedeutung der verschiedenen Lebensbereiche konstatieren. Von einem eindeutigen Trend weg von Arbeit und Familie hin zu Freizeit kann man aber nicht sprechen; ebenso wenig von einer Ablösung gemeinschafts- und pflichtbezogener Werte durch individualistische oder hedonistische Orientierungen. Weitere Hinweise in dieser Richtung ergeben sich in den folgenden Abschnitten.

Von der Familie als einem intern funktional differenzierten, ungleichen System zur egalitären Partnerschaft zwischen Mann und Frau und der Sicht von Kindern als eigenständigen Persönlichkeiten

Eine verbreitete soziologische Interpretation des Wandels von Ehe und Familie lautet, dass diese sich von einer gesellschaftlich vordefinierten und normierten Institution zu einem System frei gewählter, individuell ausgestalteter Beziehungen entwickelt. Prägnant wurde diese These bereits von den amerikanischen Soziologen Burgess, Locke und Thomey „*The Family – From Institution to Companionship*“ vor einem halben Jahrhundert vertreten (Burgess et al. 1953). Wolfgang Schulz (1983) hat sie für den Wandel der Familie seit der Nachkriegszeit in Deutschland und Österreich aufgegriffen und empirisch belegt (vgl. auch Rosenmayr 1989). Es sprechen in der Tat eine Reihe von Indizien für diese These einer Deinstitutionalisierung der Familie: der Rückgang der Heiratsneigung, die Zunahme von nicht-eheleichen Lebensgemeinschaften, AlleinerzieherInnen und anderen neuen Familienformen, der Anstieg der Scheidungsziffern usw.

Hier wird die These vertreten, dass der entscheidende Wandel der Lebensformen im Bereich von Ehe und Familie nicht darin liegt, dass deren institutioneller Charakter verschwindet, sondern dass sich ein grundlegender Wandel von der Familie als einem funktional ausdifferenzierten, ungleichen System zu einem System von mehr oder weniger egalitären Beziehungen zwischen gleichberechtigten Mitgliedern zeigt. Die klassische soziologische Darstellung der ersten Familienform hat der amerikanische Soziologe Talcott Parsons (1964) gegeben. Für ihn stellte die moderne Kleinfamilie mit dem Gatten und Vater als Ernährer der Familie und der Mutter, die sich als Hausfrau voll der Erziehung der Kinder und dem Haushalt widmet (und daneben allenfalls sekundäre, zeitlich begrenzte freiwillige außerhäusliche Tätigkeiten übernimmt), das der modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaft am besten angepaßte Muster dar. Dadurch könne ein der familiären Stabilität abträglicher Statuskonflikt zwischen Mann und Frau in der Berufswelt vermieden und ihre jeweilige Belastung in angemessenem Rahmen gehalten werden. Sofern ein solches System von allen Familienmitgliedern anerkannt ist und die für jedes Mitglied vorgeschriebenen Verpflichtungen eingehalten werden, kann man es auch nicht als sozial unfair oder ungerecht bezeichnen, da Männern und Frauen jeweils sowohl Rechte wie Pflichten zugeordnet sind.

Dass dieses Modell heute eindeutig an Gültigkeit eingebüßt hat, steht außer Frage. Kann man aber sagen, dass an seine Stelle kein neues, gesellschaftlich verbindliches Modell getreten ist? Bei näherer Betrachtung kann man leicht erkennen, dass den zweifellos gegebenen Tendenzen zur Deinstitutionalisierung von Ehe und Familie ebenso viele Tendenzen zu neuen Formen von Institutionalisierung entsprechen. So wird etwa die Partnerbeziehung durch die weitgehende Abschwächung der Verbindlichkeit einer Eheschließung als Voraussetzung für dauerhafte sexuelle Beziehungen und die Aufzucht von Kindern keineswegs ihrer institutionellen Elemente entkleidet. Was wir beobachten können, ist lediglich das Faktum, dass der Ausschließlichkeitsanspruch der traditionellen Ehe fällt; die mit der Ehe verbundenen Rechte und Pflichten werden dagegen zunehmend auch Lebensgemeinschaften ohne Trauschein sowie den daraus eventuell hervorgehenden uneheleichen Kindern verliehen. Die Attraktivität der institutionellen Verankerung der Partnerbeziehung zeigt sich am offenkundigsten bei Homosexuellen, die heute darum kämpfen, ebenfalls in den Genuss jener institutionellen Unterstützungen zu gelangen, wie sie traditionell der Ehe zugestanden werden. Es lässt sich eine Vielzahl weiterer Bereiche nennen, in denen sich neue Institutionalisierungsprozesse im Zusammenhang mit dem Ehe- und Familienleben zeigen. So greift der Gesetzgeber bis in die intimsten Bereiche des ehelichen Zusammenlebens ein, wenn er z.B. Vergewaltigung auch als mögliches Delikt eines Ehepartners definiert. Das

Grundprinzip vieler weiterer ehe- und familienpolitischer, rechtlicher und sozialpolitischer Vorschriften und Maßnahmen besteht darin, die Autonomie und Rechte der einzelnen Partner und Mitglieder einer Ehe und Familie zu stärken, diese daher insgesamt in Richtung eines stärker egalitären System umzugestalten – ein Trend, den der Titel des Buches der Sozialhistoriker Mitterauer und Sieder „*Vom Patriarchat zur Partnerschaft*“ (1977) sehr gut zum Ausdruck bringt. Diese institutionelle Umgestaltung hat auch die Stellung des Kindes in der Familie entscheidend tangiert. Würde Kindern in vormodernen Gesellschaften kaum besondere Beachtung zuteil (zumindest in den breiten Bevölkerungsschichten), so werden auch dem Kind heute zunehmend all jene Rechte zuerkannt, die mit der Würde einer vollen Persönlichkeit verbunden sind (Ariès 1978).

Die weitreichenden Folgen, aber auch die Notwendigkeit und Unumgänglichkeit dieses Wandels zeigen sich deutlich im internationalen Vergleich. Ehe und Familie scheinen ihre zentralen Funktionen besser zu erfüllen, wenn dieser Modernisierungsprozess (um diesen etwas ambivalenten Begriff hier zu verwenden) weiter vorangeschritten ist. In Europa sind heute in den Ländern mit „moderner“ Familienstruktur und –institutionen (die skandinavischen Länder, Frankreich), die Geburtenraten relativ hoch, während in jenen Ländern, die noch stark durch traditionelle Rollenmodelle geprägt sind (vor allem in Südeuropa, aber auch Österreich und Deutschland), die weltweit niedrigsten Geburtenraten zu verzeichnen sind. Man könnte geradezu sagen, dass die Frauen in diesen Ländern auf die verzögerte Anpassung der ehe- und familienbezogenen Institutionen mit einem Gebärstreik reagiert haben bzw. dass der traditionelle „Familismus“ dieser Länder sich in einer selbst gestellten Falle verfangen hat. Wenn erwachsene Kinder (wie in Italien) oft bis zum 35. Lebensjahr im elterlichen Haushalt verbleiben und dessen Annehmlichkeiten genießen, entfällt der Anreiz einen eigenen Haushalt zu gründen, Kinder zu bekommen und aufzuziehen (vgl. auch Haller et al. 2000).

Welche Wandlungstendenzen zeigen sich hier in Österreich? Zum einen sehen wir in der Tat, dass auch die Bevölkerung eine ähnlliche Überzeugung vertritt wie Sozialwissenschaftler, die von einer Deinstitutionalisierung der Familie sprechen (vgl. Tabelle 2.2). 1986 stimmten etwa ein Drittel der Befragten der Aussage zu, die gesellschaftliche Entwicklung tendiere zur Auflösung der Institution der Ehe; 2003 waren bereits 54% dieser Meinung; den Schwangerschaftsabbruch befürworteten 1986 erst ein Drittel der Befragten vorbehaltlos (unabhängig vom Grund, den die Frau dafür hat), 2003 bereits 88%. Breite Zustimmung finden alle Aussagen, welche die Akzeptanz alternativer Formen des Zusammenlebens betreffen (z.B. Zusammenleben ohne Heirat). Eine Mehrheit (55%) der Befragten ist der Meinung, dass man Leihmutterschaft, eine durchaus problematische Form der Kin-

derzeugung, nicht verbieten solle. Gut ein Drittel sehen auch kein Problem in homosexuellen Beziehungen.

Tabelle 2.2: Indikatoren zum Wandel ehe- und familienbezogener Werte und Einstellungen, 1986 – 1993 – 2003

Indikatoren (Fragen/Aussagen)	1986	1993	2003
<u>Ideale Kinderzahl:</u>	%	%	%
0 Kinder	2	1	2
1 Kind	6	6	9
2 Kinder	63	67	62
3 und mehr Kinder	29	26	26
Man braucht eine Familie, um wirklich glücklich zu sein ¹⁾	74	75	73
Man kann auch ohne Kinder eine glückliches Leben führen	30	26	25
Sexuelle Treue ist eine wichtige Basis für die Ehe	94	94	96
Die gesellschaftliche Entwicklung geht dahin, dass sich die Ehe auflöst	34	43	54
Ein Schwangerschaftsabbruch sollte gesetzlich erlaubt sein, unabhängig vom Grund, den die Frau dafür hat	32	38	47
Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern gewinnen wie eine nicht berufstätige	68	74	91
Aufgabe des Mannes ist es Geld zu verdienen, der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern	77	66	56

¹⁾ Bei dieser und den folgenden Aussagen werden jeweils die zustimmenden Antworten zusammengezählt und in % angegeben. Quelle: Soziale Surveys 1986, 1993, 2003

Auf der anderen Seite ist es mehr als klar, dass diese Einstellungen keineswegs eine Auflösung zentraler Elemente einer engen und dauerhaften Partnerbeziehung implizieren. 1986 wie 2003 stimmen drei Viertel der Befragten der Aussage zu, man brauche eine Familie um wirklich glücklich zu sein; nahezu einmütig (rund 95%) sind die Befragten der Meinung, sexuelle Treue sei eine wichtige Basis der Ehe; es zeigen sich hierbei auch keine Differenzen nach Altersgruppen. Außerhelic Beziehungen würden für zwei Drittel der Befragten einen Grund für einen Abbruch der Partnerbeziehungen darstellen; bei unter 30jährigen sogar für 77%. Die ideale Familiengröße ist 2003 ebenso wie vor 17 Jahren für fast zwei Drittel der Befragten die Zwei-Kind-Familie; ein Viertel sehen drei oder mehr Kinder als ide-

al an. Diese Idealvorstellungen entsprechen auch der Realität; tatsächlich hat auch die faktische Kinderzahl 1986 bis 2003 nicht abgenommen.⁵

Ein spektakulärer Wandel zeigt sich aber in den Einstellungen zur Verteilung der Aufgaben und der Macht zwischen Mann und Frau in Beruf und Familie. Große Mehrheiten finden sich für alle Aussagen, die den Frauen das Recht auf volle Erwerbstätigkeit neben Ehe und Familien zugestehen, und es werden all jene Aussagen abgelehnt, die unlösbare Konflikte zwischen diesen beiden Bereichen formulieren. 1986 vertraten noch drei Viertel der Befragten das traditionelle Familienbild im Sinne von Parsons (Mann Ernährer, Frau Hausfrau und Mutter), 2003 sind es nur mehr 56% - ein allerdings immer noch sehr hoher Anteil (Tabelle 2.2).

Wir können als Fazit aus diesen Trends festhalten: das Modell der intern funktional differenzierten, durch ungleiche (wenn vielleicht auch reziprok ausgeglichene) Verpflichtungen und Belastungen gekennzeichneten Ehe und Familie wird von einem zunehmenden Teil der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert. An seine Stelle tritt ein Modell, das egalitäre Beziehungen zwischen den Partnern und eine volle Respektierung der Bedürfnisse und Rechte der Kinder voraussetzt.⁶ Auch dieses neue Ehe- und Familienmodell wird und muss durch gesellschaftliche Institutionen gestützt werden, zum einen durch neue, detaillierte gesetzliche Vorschriften und Regelungen (z. B. im Hinblick auf die Rechte von Frauen und Kindern, die Regelungen bei Ehescheidungen, insbesondere die Obsorge für die Kinder betreffend), zum anderen durch familien- und sozialpolitische, öffentliche Einrichtungen und Transferleistungen zur Unterstützung der Familie (Institutionen zur Betreuung von Kleinkindern, zum Schutz von Frauen, Familienbeihilfen, Anerkennung von Erziehungsleistungen für die Alterssicherung der Frauen).

Verantwortung und Leistungsbereitschaft in Arbeit und Beruf

Stecken wir tatsächlich in einer fundamentalen „Krise der Arbeitsgesellschaft“, wie es schon beim Deutschen Soziologentag 1982 formuliert wurde (Matthes 1983)? Eine verbreitete Interpretation der wichtigsten Wandlungsprozesse im Bereich von Arbeit und Beruf lautet, dass diese in der postindustriellen Wohlstands- und „Spaßgesellschaft“ gegenüber einem Bereich wie Freizeit generell an Boden verlieren, und dass innerhalb des Arbeitslebens intrinsische Motive, wie interessante Tätig-

⁵ Vgl. dazu Kap. 12 von B. Riederer über „Tradition, Investitionsgut oder Herzenssache. Kinderwunsch zwischen Ideal und Realität“.

⁶ Zu diesem Aspekt enthielt der Soziale Survey leider keine direkten Fragen. Man kann den diesbezüglichen Wandel aber auch eindeutig aus den zahlreichen gesetzlichen Reformen erschließen, welche die Rechte der Kinder erheblich ausgeweitet haben.

keit oder die Möglichkeit zur autonomen Gestaltung der Arbeitsabläufe an Bedeutung gewinnen gegenüber extrinsischen Motiven wie Sicherheit des Arbeitsplatzes oder hohes Einkommen (Noelle-Neumann 1978; Beck 1986; Inglehart 1989). Dieser Diagnose stehen aber faktische Trends gegenüber, wie steigende Erwerbsteilnahme von verheirateten Frauen, die das Gegenteil eines Bedeutungsverlustes dieses Bereiches indizieren.⁷ Auch andere Phänomene, wie die seit Jahren persistent hohe Arbeitslosigkeit; oder die verbreitete Einführung zeitlich begrenzter, sozialrechtlich wenig geschützter Arbeitsverhältnisse, lassen die Vermutung nicht als plausibel erscheinen, dass die Bedeutungszunahme intrinsischer Arbeitsmotive parallel mit einer ebensolchen Abnahme der extrinsischen Beweggründe erfolgt.

Im Bereich von Arbeit und Beruf enthält der Soziale Survey leider wenig Aussagen, die unmittelbar Wertorientierungen betreffen. Einige Fragen betrafen Aspekte, die einem im Beruf am besten gefallen bzw. von denen man das Gefühl hat, dass sie am schlechtesten erfüllt sind; ihnen können wir zumindest indirekte Hinweise auf berufliche Werte entnehmen.

Wir haben bereits im vorigen Abschnitt festgestellt, dass Arbeit und Beruf weiterhin zu den wichtigsten Lebensbereichen zählen. Hier ist nun interessant, dass sich unter jenen Aspekten des Berufs, die man als die wichtigsten betrachtet, neben Abwechslung und Betriebsklima auch „eigenverantwortliche Tätigkeit“ findet (vgl. Tabelle 2.3). Als weniger wichtig werden „extrinsische“ Aspekte gesehen, wie Einkommen, Sicherheit des Arbeitsplatzes und Arbeitszeit, als unwichtig Mitbestimmung, Bedeutung des Berufes für die Allgemeinheit, Selbstentfaltung.

Einen Aspekt des „verantwortungsvollen Individualismus“, wie er oben skizziert wurde, kann man auch in den Ergebnissen auf eine Frage sehen, die sich darauf bezog, wonach sich die Einkommenshöhe richten sollte. Von den vier genannten Kriterien – Leistung, Bildungsniveau, Alter, Bedarf der Familie, – wurde „Leistung“ mit Abstand am häufigsten genannt (von zwei Drittel der Befragten an erster, einem weiteren Viertel an zweiter Stelle); hier zeigen sich sowohl nach Alter wie nach Bildungsniveau deutliche Unterschiede. Jüngeren sind vor allem hoher Verdienst und gutes Betriebsklima wichtig, Älteren, vor allem aber höher Gebildeten anregende und eigenverantwortliche Tätigkeit. (Vgl. dazu auch den Beitrag von Markus Hadler in diesem Band).

Von einer Abwertung der Bereiche Arbeit und Beruf kann also keine Rede sein. Dies zeigt sich indirekt auch daran, dass die Berufszufriedenheit in den vergangenen 17 Jahren eher zu- als abgenommen hat; 1986 waren 48% der Berufstätigen

⁷ Vgl. dazu auch die Beilage von Eva Cybar, Sabine Blaschke (Kapitel 8) und Brigitt Friedl/Margarete Kreimer (Kapitel 9) in diesem Band.

gen mit ihrem Beruf sehr zufrieden, 2003 waren es 54%.⁸ Dazu mag auch die „Höherstufung“ der gesamten Berufsstruktur beigetragen haben; so betrug der Anteil der qualifizierten und leitenden Angestellten 1986 33%, 2003 über 40%.⁹

Tabelle 2.3: Wichtige Aspekte des Berufs, die am besten erfüllt sind, nach Alter und Bildung, 2003 (% der Befragten, die den jeweiligen Aspekt nennen)

Altersgruppen	Guter Verdienst		Anregende, abwechslungsreiche Tätigkeit		Gutes Betriebsklima		Eigenverantwortliche Tätigkeit	
	%		%		%		%	
16 - 29 (207)	36		36		58		37	
30 - 39 (306)	31		48		44		52	
40 - 49 (293)	25		40		40		50	
50 - 59 (162)	25		49		39		48	
60 - 69 (14)	(13)		(49)		(6)		(79)	
<u>Bildung</u>								
Pflichtschule (91)	17		26		49		39	
Lehre (450)	35		39		51		42	
BMS ¹⁾ (139)	26		45		39		51	
BHS, AHS ²⁾ (182)	27		52		43		53	
Hochschule (120)	20		57		(25)		66	
Alle (985)	29		43		45		48	

¹⁾ Berufsbildende Mittlere Schule

²⁾ Berufsbildende bzw. Allgemeinbildende Höhere Schule
Quelle: Sozialer Survey 2003

8 Ob es sich hier um einen wirklichen Trend handelt, ist allerdings die Frage. Denn zwischenzeitlich (1993) war der Anteil der mit ihrem Beruf sehr Zufriedenen mit 55% deutlich niedriger als vorher und nachher.

9 Auch hier spielen möglicherweise unterschiedliche Stichproben oder Definitionen eine Rolle, da dieser Anteil nicht kontinuierlich gestiegen ist (1986 33%, 1993 45%, 2003 41%).

Tabelle 2.4: Gibt es einen Lebensinn ohne Arbeit? – Arbeitseinstellung nach Geschlecht, Alters- und Bildungsgruppen, (2003)

	Arbeit ist wichtiger Bestandteil des Lebens		Erfülltes Leben auch ohne Arbeit möglich		k. A.		Zusammen
	%		%		%		
<u>Geschlecht</u>							
Männer (951)	86		11		3		100
Frauen (1.049)	83		13		4		100
<u>Altersgruppen</u>							
16 - 29 (404)	85		11		4		100
30 - 39 (395)	80		15		5		100
40 - 49 (360)	80		15		5		100
50 - 59 (293)	83		13		4		100
60 - 69 (261)	89		9		2		100
790 u. mehr (287)	89		8		3		100
<u>Bildung</u>							
Pflichtschule (564)	87		8		5		100
Lehre (758)	87		10		3		100
BMS (231)	80		16		4		100
BHS, AHS (346)	81		15		4		100
Hochschule (162)	72		22		6		100
Alle (2000)	84		12		4		100

Quelle: Sozialer Survey 2003

Eine Frage bezog sich direkt auf den Stellenwert von Arbeit im Leben. Hier wurden zwei Alternativen vorgegeben: „Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil des Lebens“ gegenüber „Ein erfülltes Leben ist auch ohne Arbeit möglich“. Die Ergebnisse sind eindeutig: die große Mehrheit – 84% – der Befragten entschieden sich für die erste Alternative (vgl. Tabelle 2.4). Besonders Befragte zwischen 30 und 69 Jahren – also vor allem jene in Erwerbsrollen – sehen Arbeit als zentralen Bestandteil ihres Lebens. Frauen sehen dies praktisch genauso wie Männer. Bemerkenswert ist allerdings, dass das Bildungsniveau einen negativen Effekt ausübt: je höher die Bildung, desto eher kann man sich ein erfülltes Leben auch ohne Arbeit vorstellen. Aber auch unter höher Gebildeten stimmen nur ein Viertel der Befragten dieser Aussage zu.

Gesellschaftlich-politische Orientierungen und Verhaltensweisen: Rückgang formeller Formen der Partizipation, Zunahme eines kritischen Bewusstseins¹⁰

Seit 1986 hat sich die politische Landschaft in Österreich grundlegend geändert. Die untrennbar mit der Nachkriegsgeschichte verknüpften Systeme der Sozialpartnerschaft und Koalitions- und Proporzregierungen sind genau im Jahr des ersten Survey (1986), mit der Übernahme der FPÖ-Obmannschaft durch Dr. Haider, in Lagendenken und Parteibindung vollzogen hin zu einer starken Abkehr von Wechselwählern (Plasser u.a. 2000). Damit verbunden waren allerdings auch problematische Tendenzen; hier ist vor allem die abnehmende Wahlbeteiligung zu nennen. Wählten 1986 noch 90,5% der Wahlberechtigten, so waren es 2002 84,3%.¹² Sehr deutlich spiegelt sich in den Daten des Survey die abnehmende Bereitschaft zur Mitgliedschaft und Mitarbeit in den klassischen Interessensverbänden und politischen Organisationen. So sank der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Befragten von 1986 30% auf 28% 1993 und 21% 2003; die entsprechenden Anteile von Parteimitgliedern betragen 24%, 19% und 12%, halbierten sich also

Was waren die Ursachen dieser Trends, die man zum Teil als positiv sehen kann (so könnte die Abnahme von Lagerbindungen auch eine Zunahme des eigenen politischen Denkens bedeuten), zum Teil aber auch als problematisch ansehen muss? Meine These ist, dass sich auch in diesem Bereich das allgemeine Grundmuster des Wertwandels äußert, das darin besteht, dass man sich heute immer weniger von großen Organisationen und Institutionen vorgeben lässt, was man denken und tun soll, und dass man wichtige Entscheidungen immer stärker von Fall zu Fall und je nach den Umständen trifft. Für den Wandel von Einstellungen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen im Bereich von Politik und öffentlichem Leben spielen im besonderen drei Faktoren eine wesentliche Rolle:

- 1) *Die gestiegene Bildung aller Bürger und die steigende Erwerbstätigkeit und Selbständigkeit der Frauen*, die zu kritischeren Wahrnehmungen und Haltungen in Bezug auf öffentliche Angelegenheiten führt (Döring 1995). Diese Trends könnten allerdings auch zu mehr Beteiligung in öffentlichen Angelegenheiten und Institutionen führen.

¹⁰ Vgl. zu dieser Thematik auch die Beilage von Grausgruber/Nemella/Sebinger (Kapitel 14) und von Grausgruber/Nemella (Kapitel 15).

¹¹ Als unmittelbare Folge des Aufstiegs von Haider zum FPÖ-Obmann löste der Bundeskanzler die Koalitionsregierung mit der FPÖ auf und bildete nach den anschließenden Neuwahlen eine große Koalition mit der ÖVP.

¹² Statistisches Jahrbuch Österreichs 2004, S. 469.

Tabelle 2.5: Indikatoren für den Wandel gesellschaftlich-politischer Vorstellungen und Werte 1986 – 1993 – 2003

Indikatoren (Aussagen)	1986	1993	2003
<u>Klassenkonflikt und Ausbeutung</u>			- % Zustimmung -
Auch bei uns in Österreich gibt es, wie anderswo, „die oberen“, die kommandieren, und „die unteren“, die gehorchen	87	87	82
Es gibt heute in Österreich noch immer große Bevölkerungsteile, die unterdrückt und ausgebeutet werden	44	54	54
<u>Benachteiligung und ihr Ausgleich</u>			
Von einer Benachteiligung der Frauen kann in Österreich schon lange nicht mehr gesprochen werden	58	48	42
Jeder, der sich wirklich anstrengt, hat bei uns die Chance, hoch hinauf zu kommen	64	69	65
Durch die verschiedenen Interessensvertretungen ist in Österreich gesichert, dass bei uns jeder zu dem kommt, was ihm zusteht	49	52	46
<u>Autoritarismus</u>			
Die Streitereien im Parlament schaden uns mehr, als sie nützen; besser wäre es, es gäbe ein paar mutige, unermüdliche und selbstlose Männer, denen das Volk vertrauen kann	82	72	66
Viele Dinge funktionieren besser, wenn einer befiehlt und die anderen gehorchen	50	38	29

Quelle: Soziale Surveys 1986, 1993, 2003

- 2) *Der Verlust an Glaubwürdigkeit gesellschaftlicher Eliten und öffentlicher Institutionen*. Nicht nur bei Proporzregierungen (die auf Landesebene noch großteils bestehen), auch bei Wechseln der regierenden Parteien ist es heute vielfach so, dass die parteipolitische Vergabe von Vergünstigungen, Posten usw. nicht abgeschafft, sondern lediglich in einer anderen, weniger offenkundigen und scheinbar „legitimeren“ Weise vollzogen wird.¹³ Politiker sind in ihren Karrieren, auch nach der politisch aktiven Zeit, heute viel weitgehend abgesichert als dies früher der Fall war (durch hohe Gehälter, lukrative Pensionen, Versorgungsposten in staatsnahen Bereichen usw.), nicht zuletzt deshalb, weil die kontinuierliche Ausweitung der Staatstätigkeit nach dem Zwei-

¹³ Ein Paradebeispiel dafür war die Umstrukturierung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger durch die ÖVP-FPÖ-Regierung im Juli 2001, die nicht zuletzt dadurch motiviert war, die unliebsame sozialdemokratische Führung des Hauptverbandes zu ersetzen durch regierungsnahen Manager. Wie überhastet und interessenbedingt diese Reform war, zeigte sich daran, dass sie vom Verfassungsgerichtshof als gesetzeswidrig aufgehoben wurde.

ten Weltkrieg immer mehr Bereiche schuf, in denen politische Intervention möglich ist. Das Auswuchern derartiger Phänomene war ja mit ein entscheidender Grund für den Aufstieg der FPÖ seit 1986, die sich programmatisch dem Kampf gegen Parteienfilz und Klientelismus verschrieb. Dass der spektakuläre Erfolg von Dr. Haider auf einem demokratietheoretisch sehr fragwürdigen politischen Verhalten beruhte (Haller 1995), und die an die Macht gekommene FPÖ dann selber den genau gleichen parteipolitischen Postenschacherbetrieb, erklärt wohl auch den noch rascheren Absturz dieser Partei (Sickingher/Nick 1990; Scheuch 1992). Einen massiven Glaubwürdigkeitsverlust hat aber auch eine historisch für Österreich so bedeutende Institution wie die katholische Kirche zu verzeichnen. Dies nicht nur, weil an das Tageslicht kam, dass höchste Würdenträger sich in einer moralisch untragbaren Weise verhielten, sondern auch aufgrund der Beharrung der Kirche auf dogmatischen Prinzipien, die mit der Lebensführung in einer modernen Welt unvereinbar sind (etwa bezüglich Geburtenplanung, Behandlung von Geschiedenen; vgl. auch Morel 2003).

- 3) *Die zunehmende Aushöhlung der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger.* Dies gilt vor allem infolge der Integration Österreichs in die Europäische Union. Es wird immer wieder behauptet, dass auf EU-Ebene heute bereits drei Viertel aller wirtschaftspolitischen Entscheidungen gefällt werden, die für die Bürger in den Mitgliedsstaaten relevant sind. Wenn dies stimmt, bedeutet dies, dass die nationalen Parlamente fast nur mehr Vollzugsorgane von EU-Gesetzen und Dekreten sind. Auf EU-Ebene selber aber haben die Wähler noch weniger Mitbestimmungsmöglichkeiten, da die Macht des direkt gewählten EU-Parlaments begrenzt ist; die extrem niedrige Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum EU-Parlament vom 13. Juni 2004 (europaweit nur rund 45%) hat gezeigt, dass dies den Bürgern wohl bewusst ist. Anzu merken ist hier auch, dass in Österreich Elemente der direkten Demokratie, wie Persönlichkeitswahlrecht oder bindende Volksabstimmungen, wenig entwickelt sind.

Betrachten wir die Fragen zur politischen Orientierung und Beteiligung, die in den Sozialen Surveys enthalten waren, so können wir hier klare Tendenzen zu einer „*kritischen Individualisierung*“ erkennen. Allerdings sind auch nach wie vor bestehende latent autoritäre Haltungen unverkennbar. 1986 stimmten noch 58% der Befragten der Aussage zu, die Streitereien im Parlament schaden mehr als sie nützen, und besser wären „ein paar mutige und unermüdete Männer, denen das Volk vertrauen kann“ (Tabelle 2.6). Dieser Anteil sank bis 2003 immerhin auf 35% - ein immer noch erschreckendes autoritäres Potential (interessanterweise ist es nicht weit entfernt vom

höchsten Stimmenanteil, den die Haider-FPÖ im Nationalrat erreichen konnte). Immerhin 29% äußern Zustimmung zur Aussage „Viele Dinge funktionieren besser, wenn einer befiehlt, und die anderen gehorchen“; 1986 waren es noch 50% (allerdings bei anderen Antwortkategorien). „Auch in Österreich gibt es die oben“, die kommandieren, und „die unten“, die gehorchen“, finden heute 39% der Befragten; 1986 waren es noch ganze 59%. Als positiv ist zu vermerken, dass Aussagen dieser Art bei jüngeren in der Regel doch seltener sind als bei Älteren; keineswegs ein eindeutiger Zusammenhang besteht, jedoch mit dem Bildungsniveau in der Richtung, dass höher Gebildete sie generell stärker ablehnen würden.

Tabelle 2.6: Indikatoren für den Wandel im politischen und kirchlichen Engagement, 1986 – 1993 – 2003

	1986		1993		2003	
	%	%	%	%	%	%
Wie stark interessieren Sie sich für Politik?						
- sehr stark/stark	21	22	22	26		
- mittel	42	41	41	39		
- wenig	23	25	25	21		
- überhaupt nicht	15	12	12	14		
Keine Zuneigung zu einer bestimmten Partei	21	24	24	40		
Mitglied bei...						
... einer politischen Partei	24	19	19	12		
... dem Österreichischen Gewerkschaftsbund	30	28	28	21		
Kirchenmitgliedschaft (Religionsbekenntnis)						
Römisch-katholisch	84	82	82	75		
Evangelisch	6	5	5	5		
Moslemisch	*)	*)	*)	4		
Andere	1	2	2	3		
Keine	9	11	11	13		
Häufigkeit des Kirchenbesuchs						
Wöchentlich oder mehr	25	18	18	13		
Ein- bis dreimal pro Monat	14	16	16	18		
Mehrmals pro Jahr	22	22	22	19		
Seltener	22	23	23	29		
Nie	16	20	20	20		

*) Nicht getrennt ausgewiesen. Quelle: Soziale Surveys 1986, 1993, 2003

Weitere Fakten zeigen, dass es sich bei diesen Trends nicht nur um eine zunehmende „Politikverdrossenheit“ handelt, die den Wählern anzukreiden ist – wie es konservative Redner und Schreiber vielfach behaupten. So hat das Interesse für Politik keineswegs abgenommen (wenngleich es immer noch niedrig ist): 1986 bekundeten 21% der Befragten starkes Interesse an Politik, 2003 26%. Etwa ein Drittel der Befragten gibt offen zu, wenig oder gar kein Interesse an der Politik zu haben. Zumindest hier zeigt sich ein deutlich stärkeres Interesse von höher Gebildeten. Ein deutlicher Indikator für abnehmende Bindung an politische Lager findet sich auch in unseren Daten: Keine feste Parteipräferenz äußerten 1986 21%, 1993 24% und 2003 40% der Befragten.

Es wurde bereits angedeutet, dass es auch an den Institutionen selber liegen kann, ob man sich für etwas interessiert und vielleicht sogar aktiv einbringt oder nicht. Einen Hinweis darauf geben die Befunde zur Mitgliedschaft in verschiedenen Arten von Organisationen. So sind bei Männern 42% der Befragten Mitglied in einem Verein, 30% in einer Gewerkschaft, und 17% in einer Partei (bei Frauen liegen die entsprechenden Anteile durchwegs niedriger, bei 22%, 15% und 7%). Diese Rangreihung spiegelt offenkundig auch die Chance wieder, dass man in den jeweiligen Organisationen persönlich etwas bewegen kann. Diese Chance ist in einem Verein ohne Zweifel am höchsten (vgl. für eine schöne Fallstudie anhand von Sportvereinen Stanzer 2003), in einer Gewerkschaft schon begrenzter, und in einer Partei am geringsten.

Von Interesse sind in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse in bezug auf die Aufgaben, die man dem Staat und der Regierung zuschreibt. Die dominante öffentliche Meinung in dieser Hinsicht lautet seit Mitte der 1980er Jahre ja, dass der Staat sich in viel zu viele Bereiche eingemischt hat, dass er die Menschen heute viel zu stark umorgt und absichert, und dass er dadurch die Bereitschaft zu individueller Initiative und Vorsorge unterminiert. Diese neoliberal-bürgerliche Kritik am Staat klammert allerdings die Tatsache aus, dass öffentlich-staatliche Leistungen in der Regel im Interesse sozial schwächerer Gruppen liegen. Von Privatisierung und verstärktem Wettbewerb können vor allem junge, gut ausgebildete und mobile „Leistungsträger“ profitieren; von den Verlierern des zunehmenden Wettbewerbs spricht man viel seltener (vgl. auch Haller/Hadler 2002).

Wie sieht die Bevölkerung diese Fragen, welche Aufgaben schreibt sie der Regierung heute zu? Hier zeigen die Befunde, dass es nur die Grundaufgaben des Wohlfahrtsstaates sind, die mit großen Mehrheiten als eindeutige Staatsaufgaben definiert werden: die Sicherung der Pensionen, die Gesundheitsversorgung, die öffentliche Sicherheit. Knapp die Hälfte der Befragten sehen den kostenlosen Hochschulzugang und die Kontrolle von Preisen als wichtige Staatsaufgabe, nur ein

Viertel bis ein Drittel betrachten den Staat als zuständig auch für die Herstellung von mehr Gleichheit (Arbeit für alle, Abbau der Einkommensungleichheit, Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose). Allerdings zeigt sich gerade in den letztgenannten Aufgaben sehr deutlich, dass Menschen, die weniger auf solche Funktionen des Staates angewiesen sind, sie auch seltener befürworten (je höher die Bildung, desto seltener die Befürwortung; vgl. dazu auch Ressler 2002).

Einen markanten Rückgang an Attraktivität musste auch die katholische Kirche hinnehmen. Dies äußert sich sowohl im Rückgang der Zugehörigkeit zur Kirche, wie auch in der kirchlichen Partizipation. Der Anteil der Mitglieder der katholischen Kirche ist von 84 auf 75% zurückgegangen, jener der Personen ohne Religionsbekenntnis von 9 auf 13% gestiegen. Wöchentlich – entsprechend dem kirchlichen Gebot – besuchen heute gerade noch 13% der Befragten den Gottesdienst; 1986 war es immerhin noch ein Viertel. Der Rückgang der kirchlichen Aktivität ist vor allem ein Phänomen, das sich in den großen Städten zeigt. In kleineren Gemeinden (bis 3000 Einwohner) waren 2003 noch 91% der Bevölkerung katholisch und 33% gingen wöchentlich in die Kirche; in Großstädten ab 50.000 Einwohner und Wien war der Anteil der Katholiken nur mehr 63% bzw. 58%, jener der wöchentlichen Kirchenbesucher 8% bzw. 9%. Auch in Hinblick auf die Religiosität besteht eine deutliche Kluft zwischen der Religiosität im Sinne kirchlicher Partizipation und in einem weiteren Sinne. Fest an Gott zu glauben geben 2003 immerhin noch 40% der Befragten an; an ein höheres Wesen und an Gott glauben nicht weniger als 82% der Österreicherinnen und Österreicher.

2.4 Wertwandel und sozialstruktureller Wandel. Ein Ansatz zu einer exakteren Analyse des Verlaufes und der Bestimmungsfaktoren

Eine soziologische Grundannahme lautet, dass der Wertwandel in der Bevölkerung (Mikroebene) nicht im luftleeren Raum erfolgt, sondern eingebettet ist in den Wandel sozialer Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen (Makroebene). Deren Veränderungen können sowohl als Ursache wie als Folge des Wertwandels gesehen werden. Betrachtet man Werte, wie eingangs ausgeführt, als Verallgemeinerung legitimer und lebenswichtiger Interessen grosser (insbesondere schwächerer) gesellschaftlicher Gruppen, so ist evident, dass ein Wandel der Sozialstruktur dazu führen muss, dass gewisse Werte an Bedeutung gewinnen, andere an Bedeutung verlieren. Eine Hauptintention unserer Studie liegt daher darin, die Interaktionen zwischen den Veränderungen und Entwicklungstendenzen auf der Mikro- und Makroebene darzustellen. In diesem Abschnitt soll ein Hinweis darauf gegeben

werden, inwieweit die vorhin dargestellten Veränderungen in den gesellschaftlichen Grundorientierungen der Österreicherinnen und Österreicher mitbestimmt waren durch sozialstrukturelle Umschichtungen.

Welche Aspekte der Sozialstruktur haben besondere Relevanz für Veränderungen in Einstellungen und Wertorientierungen? Wir können hier zumindest drei Dimensionen benennen:

1. *Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Umschichtungen der Berufs-, Sozial- und Klassenstruktur von industriellen zu Dienstleistungs- und Wissensberufen.* Als empirische Indikatoren hierfür können wir Daten zum Bildungsniveau der Befragten, zur Erwerbsbeteiligung und zur beruflichen und sektoralen Zugehörigkeit der Erwerbstätigen heranziehen. Das Bildungsniveau kann als ein zentrales Element von Modernisierung überhaupt angesehen werden; neue Werthaltungen und Lebensformen setzen sich meist zuerst in höheren Bildungs- und Berufsschichten durch. Die Erwerbsbeteiligung hat besondere Bedeutung im Fall der Frauen, deren Lebensperspektiven durch die zunehmende Einbindung in die außerhäusliche Arbeitswelt grundlegend revolutioniert worden sind.
2. *Wirtschaftswachstum und Steigerung des materiellen Lebensstandards.* Der gestiegene Wohlstand der breiten Bevölkerungsschichten führt zweifellos dazu, dass dem Streben nach Einkommen, nach materieller Sicherheit und Wohlstand nicht mehr so vordringliche Bedeutung zukommt wie noch in den 1960er und 1970er Jahren, gar nicht zu sprechen von den entbehrensreichen Kriegsjahren und Nachkriegsjahren. Im Gegensatz zu Inglehart sind wir allerdings der Meinung, dass dieser Faktor allein keineswegs allein den Wertwandel bestimmt; auch ist zu beachten, dass in Phasen ökonomischer Rezession wirtschaftliche Probleme wieder in den Vordergrund rücken können.
3. *Zunehmende Ersetzung der persönlich-sozialen Absicherung und Versorgung durch soziale Netze wie Familie, Verwandtschaft oder lokale (dörfliche und städtische) Gemeinschaften, durch umfassende, öffentlich-sozialstaatliche Einrichtungen und Sicherungssysteme.* Auch die Wirkung dieses Wandels geht im Prinzip dahin, dass die Autonomie und Handlungsfähigkeit des einzelnen Menschen – unabhängig von Geschlecht und Alter, Familienstand und Haushaltssituation – gestärkt wird. Zugleich zeichnet sich ein Wandel ab im Engagement der Menschen: Die Bereitschaft zur Partizipation an großen, formalen Vereinen aller Art, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen nimmt ab. Dies bedeutet aber nicht notwendig einen Rückzug auf das „Ich“, wie es konserva-

tive Zeit- und Kulturkritiker beklagen. Es entwickeln sich auch neue, eher informelle und spontane, mit den eigenen Fähigkeiten, Interessen und Lebensformen kompatible Formen des Engagements (Fukuyama 2002; Etzioni 1997; Hondrich/Arzberger 1992).

Die Daten unserer drei Surveys zeigen sehr deutlich, wie stark der sozialstrukturelle Wandel in den vergangenen 17 Jahren in all diesen Dimensionen war. Lebten 1986 noch 25% der Befragten in Kleingemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, so sank dieser Anteil bis 2003 auf 18%; zugenommen hat vor allem der Anteil der Bevölkerung, die in mittelgroßen Städten (von 5000 bis unter 1 Million Einwohner) lebten. Weiters zeigt sich, dass die Bildung spektakulär gestiegen ist: Hatten 1986 noch 39% der Befragten lediglich eine Pflichtschulbildung ohne Lehre, so sank dieser Anteil bis 2003 auf 24%. Im Jahre 1986 gab es unter den Befragten noch 20% Hausfrauen, 2003 nur mehr 11%. Der Anteil der Befragten, die mit einem (Ehe-) Partner zusammenleben, hat von 63% auf 50% abgenommen. 1986 hatten noch 14% der Befragten 4 oder mehr Kinder, 2003 nur mehr 11%.

Lebten 1986 14% der Befragten in einem Einpersonenhaushalt, so hat sich dieser Anteil bis 2003 nahezu verdoppelt auf 29%. Dieser Trend hat wahrscheinlich weniger zu tun mit der Zunahme von „Singles“ in jüngerem und mittlerem Alter, als mit jener von alleinlebenden älteren Frauen, deren Partner früher gestorben sind. So zeigt sich denn auch, dass der Anteil der Frauen von Stichprobe zu Stichprobe deutlich zugenommen hat (von 55 über 57 auf 62%).

Hier soll nun untersucht werden, ob die vorhin beschriebenen Prozesse des Wertwandels auf diese sozialstrukturellen Wandlungsprozesse zurückzuführen sind, oder ob sie als „genuine“ Prozesse des Wertwandels angesehen werden können. Im ersteren Falle könnte man sagen, dass die Veränderungen der Einstellungen vor allem auf die Verstärkung, die steigende Ausbildung der Bevölkerung, die zunehmende Einbindung der Frauen in das Erwerbsleben, die Höherqualifizierung der Berufstätigen usw. zurückzuführen sind und vor allem in den von diesen Prozessen erfassten Gruppen nachweisbar sind. Im letzteren Falle müsste sich zeigen lassen, dass die Prozesse des Wertwandels alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise und unabhängig von den genannten sozialstrukturellen Umschichtungen erfassen haben.

Um diese Frage beantworten zu können, wurde ein neuer Datensatz gebildet, der alle jene Variablen bzw. Wertorientierungen enthält, die zu allen drei Erhebungszeitpunkten in gleicher Weise erfasst wurden. Zugleich wurden fünf sozialstrukturelle Merkmale der Befragten zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt in den Datensatz (der insgesamt rund 5.500 bis 6.000 Befragte umfasst) aufgenommen. Schließlich wurde auch das Erhebungsjahr als Variable betrachtet, wobei zwei so-

genannte Dummy-Variablen gebildet wurden: Zum einen wurde der Effekt der Veränderung zwischen 1986 und 1993, zum anderen jener der Veränderung zwischen 1986 und 2003 getestet. Einen Ansatz zur Beantwortung der vorhin genannten Frage nach der relativen Bedeutung sozialstruktureller Umschichtungen und genuiner Prozesse des Wertwandels liefert eine Regressionsanalyse, in der wir als abhängige Variable die Werthaltungen der Bevölkerung betrachten, als unabhängig die drei folgenden Gruppen von Variablen:

- Die oben genannten *sozialstrukturellen Variablen* (Ortsgröße, Bildung und Erwerbstätigkeit der Befragten). Hierbei wird auch der Effekt des Geschlechtes konstant gehalten.
- Das *Alter*. Diese Variable kann man zum einen als Indikator für lebenszyklische Veränderungen betrachten. In der relativ unbeschwingten Zeit der Jugend stehen naturgemäß andere Interessen und Werte im Vordergrund als bei Erwachsenen, die voll in Berufs- und Familienverpflichtungen eingebunden sind, oder bei Pensionisten, die davon wieder entlastet sind. Zum anderen wissen wir, dass sich Prozesse des Wertwandels zuerst vor allem unter den jungen Generationen durchsetzen. Deutliche Alterseffekte können daher auch Hinweise auf säkulare Wandlungstendenzen geben; ein neues Wertmuster, das junge Menschen übernehmen, behalten sie meist lebenslang bei.
- Das *Erhebungsjahr*. Damit wird der gewissermaßen Netto-Effekt des Erhebungszeitpunktes – also der zeitliche Wandel der Wertorientierungen – erfasst, also der „reine Wertewandel“, der unabhängig von den zwischen 1986 und 2003 abgelaufenen sozialstrukturellen Umschichtungen stattgefunden hat.

Die Ergebnisse dieser Analyse sind enthalten in Tabelle 2.7. Wir können sie im Hinblick auf die folgenden drei Fragen zusammenfassen: Welche der eingeschlossenen Sozialstrukturvariablen haben den stärksten Einfluss auf den Wandel der Wertorientierungen? Wie stark war der genuine Wertewandel im Vergleich zum Effekt sozialstruktureller Umschichtungen? In welchen Lebensbereichen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen hat der stärkste Wandel stattgefunden?

Einen Hinweis auf die Relevanz der verschiedenen Dimensionen der Sozialstruktur erhalten wir, indem wir betrachten, auf wie viele der berücksichtigten zwölf Einstellungsdimensionen sie jeweils signifikante Effekte ausüben.

Tabelle 2.7: Multivariate Regressionsanalysen des Wandels der Wertorientierungen 1986 – 1993 – 2003 und ihrer sozialstrukturellen Determinanten

Abhängige Variablen (Werthaltungen) ¹⁾	Unabhängige (soziodemographische) Variablen					Ver- änderung 1993-2003- 1986 1986	R ²
	(N)	Ge- schlecht (M/F)	Alter (jung/ alt)	Bildung (niedrig/ hoch)	berufs- stätigkeit (ja/nein)		
Familienorientierung (Index) (2=stark, 7=schwach)	(5307)	-0,07**	-0,07**	-0,08**	-0,01	0,13**	0,02 0,04
Auflösung der Ehe (1=stimme zu, 2=stimme nicht zu)	(5862)	-0,08**	-0,01	0,05**	-0,02	-0,06**	0,10** 0,04
Traditionelle Auffassung Frauenrolle (Index) (2=traditionell, 8=nicht traditionell)	(3874)	0,11**	-0,22**	0,16**	-0,03	0,15**	-0,11** -0,18** 0,15
Schwangerschaftsabbruch erlaubt (2=stimme zu, 4=stimme nicht zu)	(5490)	0,00	0,02	-0,01	0,04**	-0,17**	0,04 0,50** 0,26
Wichtigkeit Familie/Kinder (1=unwichtig, 2=wichtig)	(5981)	0,09**	0,06**	-0,03**	-0,03**	-0,12**	-0,04** 0,03 0,03
Wichtigkeit Arbeit / Beruf (1=unwichtig, 2=wichtig)	(5971)	-0,06**	-0,02	-0,01	-0,13**	-0,09**	-0,01 0,04* 0,04
Wichtigkeit Verwandte (1=unwichtig, 2=wichtig)	(5978)	0,07**	0,03**	-0,10**	0,02	-0,04	-0,07 -0,12 0,03
Freizeitorientierung (Index) (2=unwichtig, 14=wichtig)	(5972)	-0,02	-0,21**	-0,04**	0,00	0,04**	-0,10** -0,18** 0,06
Autoritarismus (Index) (2=hoch, 8=niedrig)	(5149)	0,04**	-0,20**	0,13**	-0,01	0,06**	-0,16** -0,24** 0,13
Parteibindung (Index) (2=hoch, 4=niedrig)	(5716)	0,11**	-0,17**	-0,06**	0,09**	0,05**	-0,06** -0,25** 0,08
Politisches Interesse (1=sehr stark, 5=überhaupt nicht)	(5987)	0,18**	-0,07**	-0,30**	-0,01	-0,09**	-0,01 -0,01 0,15
Kirchliche Religiosität (Index) (2=stark, 4=schwach)	(5965)	-0,09**	0,04	0,00	-0,01	0,31**	-0,04** -0,06** 0,11

Signifikanz: **; p<0,01, *; p<0,05

¹⁾ Zu den genauen Frageformulierungen bzw. Zusammensetzungen der Indizes vgl. Text.
Quelle: Soziale Surveys 1986, 1993, 2003

Hier zeigt sich, dass vier der fünf Sozialstrukturvariablen – Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Gemeindegröße – sehr bedeutsam sind. Sie haben auf neun bzw. zehn der zwölf Einstellungsvariablen signifikante Effekte; lediglich die Berufstätigkeit übt nur in vier Fällen einen Effekt aus. Die wichtigste der sozialstrukturellen Dimensionen scheint das Alter zu sein: dieses hat in drei Fällen auch recht starke Effekte (Beta-Koeffizient über .20). Dies ist schon ein erster, deutlicher Hinweis darauf, dass es sich bei den beobachteten Veränderungen um genuine Wandlungen handelt, beinhaltet der Alterseffekt ja auch den Effekt der Unterschiede zwischen den Generationen (neben dem Effekt des Lebenszyklus). Wenn neue Einstellungen in der jungen Generation besonders deutlich hervortreten, ist zu erwarten, dass diese sich im Laufe der Zeit auf die gesamte Bevölkerung ausbreiten.

Welches sind diese Effekte nun im einzelnen? Betrachtet man die Geschlechtszugehörigkeit, so werden keineswegs alle „Standarderwartungen“ bestätigt. Es zeigt sich zwar, dass Frauen stärker an Familie und Verwandten und weniger berufsorientiert sind als Männer. Sie befürworten aber seltener die traditionelle Vorstellung von der Frauenrolle, und glauben auch eher an die Auflösung der Ehe als Institution; der Bereich „Familie/Kinder“ ist ihnen überraschenderweise weniger wichtig als den Männern (vgl. dazu auch Kap. 12). Im Bereich der Politik zeigen Frauen eine schwächere Parteibindung und geringeres politisches Interesse (dieser Effekt ist besonders stark), aber auch seltener autoritäre Einstellungen. Dafür weisen Frauen eine höhere Religiosität bzw. Kirchenbindung auf als Männer. Im großen und ganzen gilt also weiterhin, dass den Frauen die Lebensbereiche von Familie, Kinder und Kirche nach wie vor wichtiger sind als den Männern; ein bedeutender Wandel erfolgte jedoch dahingehend, dass sie sich nicht mehr auf Familie und Haushalt beschränken wollen wie früher.

Das Alter hat, wie bereits festgestellt, mehrere sehr starke Effekte: Junge Menschen sind sehr viel stärker als ältere gegen die traditionelle Auffassung von den Geschlechterrollen; sie sind viel stärker freizeitorientiert und etwas weniger familienorientiert als ältere Menschen (dies ist allerdings ein Lebenszykluseffekt, da die Bedeutung der Freizeit mit zunehmendem Alter ab-, jene der Familie zunimmt); schließlich sind sie auch sehr viel weniger autoritär und parteigebunden, allerdings auch politisch etwas weniger interessiert als ältere Menschen. Im großen und ganzen steht es aber außer Zweifel, dass die meisten der „neuen Werte“, die sich unter den Jugendlichen heute durchgesetzt haben, als durchaus „modern“ zu bezeichnen sind.

Das gleiche gilt auch für die Effekte der Variable Bildungsniveau. Die höher Gebildeten unter unseren Befragten vertreten ebenfalls viel seltener traditionelle Auffassungen von den Geschlechterrollen, sie sind politisch weniger autoritär, zei-

gen aber ein sehr viel höheres politisches Interesse (mit einem Beta-Wert von -.30 ist dies einer der stärksten Effekte überhaupt) und sie stehen auch etwas häufiger einer bestimmten Partei nahe.

Überraschend sind in verschiedener Hinsicht die Effekte der beiden restlichen Sozialstrukturvariablen, nämlich der Erwerbstätigkeit und der Ortsgröße. Bemerkenswert ist, dass die Variable „Erwerbstätigkeit“ nur wenige und nur schwache Effekte ausübt. So sind Erwerbstätige häufiger für Schwangerschaftsabbruch, der Beruf ist ihnen wichtiger, und ihre Parteibindung ist stärker. Es zeigt sich jedoch kaum – wie man hätte erwarten können – dass sie (und viele darunter sind ja erwerbstätige Frauen) weniger familienorientiert sind. Man muss also ganz generell folgern, dass die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen nicht zu einer Abwertung der Lebensbereiche bzw. sozialen Beziehungen Partnerschaft, Familie und Kinder geführt hat.

Bemerkenswert sind auch die Effekte der Ortsgröße, die sich durchgehend als wichtige Determinante von Wertorientierungen erweist. Erwartungsgemäß sind Menschen, die in kleineren Gemeinden wohnen, eher traditioneller eingestellt (sie sind besonders stark gegen bedingungslosen Schwangerschaftsabbruch), stärker familien- und berufsorientiert. Im Bereich der Politik sind sie eher etwas autoritär, stärker parteigebunden, jedoch bei geringerem politischem Interesse. Der stärkste Effekt zeigt sich im Hinblick auf die kirchliche Religiosität: diese ist bei Menschen in kleineren Gemeinden sehr viel höher als bei jenen in Städten. Man kann wohl folgern, dass hier vor allem die starke soziale und symbolisch-kulturelle Einbettung der kirchlichen Feste und Rituale in den Jahresrhythmus des Lebens eine entscheidende Rolle spielt. So braucht man nur Hochzeiten, Begräbnisse oder hohe kirchliche Feiertage in einer Großstadt und einer kleinen Gemeinde zu beobachten, um den Unterschied zu sehen: während in der Stadt nur mehr eine kleine Minorität der Menschen Wert auf kirchliche Zeremonien legt, nimmt in einer kleinen Gemeinde immer noch nahezu die ganze Dorfgemeinschaft daran Anteil; Darbietungen von Kirchenchor und Musikkapelle verleihen solchen Ereignissen oft einen festlichen Rahmen.

Wie verhält sich der genuine Wertwandel zu jenen Veränderungen, die durch den Wandel der Sozialstruktur induziert worden sind? Eine Antwort auf diese Frage ermöglicht der Vergleich zwischen den Effekten der besprochenen Sozialstrukturvariablen mit dem Effekt der Zeit als solcher, erfasst durch die drei Erhebungszeitpunkte. Hier erkennen wir zunächst, dass der Wandel zwischen allen drei Zeitpunkten, und natürlich besonders zwischen 1986 und 2003 sehr beachtlich war (Spalte rechts in Tabelle 2.7). Selbst unter Kontrolle der sozialen Umschichtungen ist die zeitliche Veränderung der Werthaltungen in acht der zwölf erfassten Indi-

katoren statistisch signifikant, in sechs davon war sie sogar sehr stark und zwischen allen drei Erhebungszeitpunkten signifikant. Es waren dies die Einstellung zur Auflösung der Ehe, zur traditionellen Frauenrolle, zur Legitimität des Schwangerschaftsabbruches – der stärkste Wandel überhaupt, – die Zunahme der Freizeitorientierung, die Abschwächung des Autoritarismus, der Parteibindung und der kirchlichen Religiosität. In nur drei Aspekten hat sich keine zeitliche Veränderung, unabhängig vom Wandel der Bildungs-, Erwerbs- und regionalen Struktur, ergeben; es war dies die Familienorientierung, die Wichtigkeit der Verwandten, sowie das politische Interesse.

Recht eindeutig ist auch die Antwort auf die dritte der eingangs formulierten Fragen: Offenkundig hat in allen Lebensbereichen – im Bereich des privaten Lebens ebenso wie in den gesellschaftlich-politischen Wertorientierungen – eine signifikante Umschichtung der Werte stattgefunden. Einzig im Bereich Arbeit/Beruf zeigen sich eher geringere Veränderungen, jedoch war die Anzahl der Fragen, die uns hier zur Verfügung standen, sehr eingeschränkt.

2.5. Zusammenfassung

Ausgangspunkt dieses Beitrags waren drei unterschiedliche Interpretationen des Wertwandels, die man in der sozialwissenschaftlichen Literatur heute vorfindet. Autoren eher konservativer Provenienz diagnostizieren eine generelle Relativierung, ja einen Verfall von allgemein verbindlichen Werten; andere Autoren, wie insbesondere Ronald Inglehart in seiner bekannten Theorie des „Postmaterialismus“, sprechen von einem Aufstieg neuer Werte. Unsere eigene These lautete, daß man weder von einem Wertverfall noch von einem Aufstieg „neuer“ Werte sprechen könne. Vielmehr geht es vor allem um die Ausbreitung seit jeher bekannter, universeller Werte; der wichtigste unter ihnen ist die Wahrung der Rechte und Würde der Einzelperson. Die Durchsetzung dieser Werte, so unsere These, beinhaltet weder, daß sich immer mehr egoistische Einstellungen und Verhaltensweisen ausbreiten, noch, daß soziale Beziehungen und Bindungen oder gesellschaftliche Institutionen, etwa zur Unterstützung der Familie, an Bedeutung verlieren. Vielmehr möchte man, daß individuelle Lebensentwürfe und Verhaltensweisen ebenso wie institutionelle Einrichtungen den geänderten sozialstrukturellen Verhältnissen angepaßt werden (können) in einer Weise, daß den Bedürfnissen auch jener Individuen und Gruppen Rechnung getragen wird, die früher nicht in vollem Umfang als autonome und handlungsfähige Personen anerkannt wurden.

Eine erste deskriptive Darstellung der Wandlungen der Wertorientierungen zwischen 1986 und 2003 erbrachte ganz generell, daß sich in diesen siebenzehn

Jahren sehr tiefgehende Umschichtungsprozesse vollzogen haben. So hat – sicherlich im Zusammenhang mit den gestiegenen Einkommen und der Verkürzung der Arbeitszeit – der Lebensbereich „Freizeit, Freunde“ an Bedeutung deutlich gewonnen. Vom Aufstieg einer „Freizeit- und Spätgesellschaft“ kann deshalb aber kaum die Rede sein; sowohl die Bereiche Familie und Kinder wie Arbeit und Beruf haben nicht an Bedeutung verloren. Markant war auch der Wandel innerhalb der einzelnen Lebensbereiche. Im Rahmen von Ehe und Familie, so lautete unsere These, geht der Wandel von einem intern funktional differenzierten und ungleichem System zu einem System, in welchem beiden erwachsenen Partnern zusehens gleiche Rechte und Pflichten zugesprochen werden. So zeigt sich in der Tat, daß die Anerkennung der traditionellen Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau (Mann als Ernährer der Familie, Frau als Hausfrau und Mutter) ebenso wie der entsprechenden Arbeitsteilung im Haushalt immer mehr an Boden verliert, daß alternative Formen des Zusammenlebens immer stärker akzeptiert werden ebenso wie Schwangerschaftsabbruch oder nichtkonventionelle Formen sexueller Orientierung. Trotzdem zeigt sich, daß zentrale Elemente der Partnerbeziehung, wie sie vor dem nur mit der Ehe assoziiert wurden, weiterhin Gültigkeit besitzen, nämlich eine Familie zu haben, etwa zwei Kinder zu bekommen, dem Partner auch sexuell treu zu sein.

Ähnliches läßt sich für die Einstellungen zu Arbeit und Beruf feststellen. Im Gegensatz sowohl zu den konservativen Theoretikern des Wertverfalls wie zur Theorie des Aufstiegs des „Postmaterialismus“ behält dieser Lebensbereich für alle Befragten zentrale Bedeutung. Die große Mehrheit der Befragten sieht Arbeit nach wie vor als wichtigen Bestandteil des Lebens. Im Beruf selbst betrachtet man „Leistung“ weiterhin als wichtigstes Kriterium für die Bestimmung der Einkommenshöhe; die Berufszufriedenheit hat eher zu- als abgenommen.

Sehr stark waren auch die Wandlungsprozesse im Bereich von Politik und öffentlichem Leben. Sie lassen sich kurz so zusammenfassen: abnehmende Bereitschaft in großen, formellen Organisationen (Gewerkschaften, politischen Parteien, Kirchen) mitzuarbeiten; aber auch Abnahme autoritärer politischer Orientierungen. Keineswegs abgenommen hat jedoch das allgemeine politische Interesse und auch dem (Wohlfahrts-) Staat schreibt die große Mehrheit der Befragten weiterhin große Bedeutung zu. Zu der doch markanten Abnahme von Obrigkeitstauglichkeit und Vertrauen in die gesellschaftlichen Großorganisationen mögen auch die eingangs angeführten krisenhaften Ereignisse im öffentlichen Leben beigetragen haben, die sich zwischen 1986 und 2003 ereignet haben.

Im letzten Abschnitt des Beitrags wurde die Frage untersucht, ob sich der Wertwandel quer über alle Bevölkerungsschichten hinweg durchgesetzt hat, oder ob er

vor allem auf sozialstrukturelle Umschichtungsprozesse, wie die gestiegene Bildung, die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen oder die Verstärkung zurückzuführen ist. Die Antwort ist eindeutig: beide dieser Aspekte hatten wesentliche Bedeutung für den Wandel der Wertorientierungen. Alle Österreicherinnen und Österreicher haben heute eine egalitärere Vorstellung von den Beziehungen in Partnerschaft und Familie, allen ist die Freizeit wichtiger geworden, alle sind heute aber auch in gesellschaftlich-politischer Hinsicht kritischer und weniger obrigkeitgläubig (vgl. auch Haller 2001). Die Umschichtungen der Bildungs-, Berufs- und Sozialstruktur haben diesen Wandel ihrerseits unterstützt und beschleunigt.

Man kann diese Befunde wohl als Beleg für die zentrale These dieses Beitrags sehen, die lautet, dass der Wandel der Wertorientierungen vor allem die Durchsetzung und Generalisierung des Wertes des Individuums bedeutet, die Anerkennung seiner Rechte und Würde, die Förderung seiner Entfaltungsmöglichkeiten. Am Beginn des 21. Jahrhunderts scheint es keine Frage mehr zu sein, dass Männer und Frauen in dieser Hinsicht völlig ebenbürtig sind, und dass auch Kinder und Jugendliche unantastbare Rechte besitzen. Die Österreicherinnen und Österreicher sind auch auf dem besten Wege, herauszutreten aus dem „langen Schatten des Obrigkeitsstaates“ – wie man in Abwandlung des Titels einer großen Sozialgeschichte Österreichs im 20. Jahrhundert formulieren könnte (Hanisch 1994), sie wollen ihr gesellschaftlich-politisches Geschick nicht mehr ausschließlich großen Verbänden und Institutionen überantworten. Ausser Frage steht, dass auf diesem Wege und bei der Umsetzung der vorhin genannten Rechte in echte soziale Chancen und Teilhabe noch vieles zu tun ist. Dabei mögen sowohl individuell wie auf gesellschaftlich-institutioneller Ebene manchmal Strategien und Lösungswege eingeschlagen werden, die in gewisser Hinsicht auch problematisch sind. Zu nennen sind hier die Tendenzen zu einer Destabilisierung von Ehe und Familie, die sinkenden Geburtenzahlen, das Auftreten neuer sozialer Probleme wie Depressionen, Suchtabhängigkeit oder Einsamkeit, insbesondere im Alter. Die starke Variation dieser Phänomene im internationalen Vergleich zeigt jedoch, dass es sich hierbei keineswegs um zwangsläufige Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Durchsetzung des Wertes der Würde der individuellen Persönlichkeit handelt. Darüber hinaus mehrten sich in jüngster Zeit die Anzeichen, dass die problematischen Trends zu einem sozial abträglichen Individualismus sich abschwächen, positive traditionelle Werte im Hinblick auf soziale Bindungen und Verpflichtungen wieder an Boden gewinnen (Hondrich/Arzberger 1992; Etzioni 1997; Fukuyama 2002). Es müssen aber auch die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Institutionen (Ehe und Familie, Arbeitsorganisationen, politisches System, Kirchengemeinschaften) so weiterentwickelt werden, dass sie der zunehmenden Bildung, Autonomie und Mündigkeit aller Bürger gerecht werden.

Literatur

- Ariès, Philippe, 1978: Geschichte der Kindheit. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Beck, Ulrich, 1986: Riskogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/ Elisabeth Beck-Gernsheim (Hg.), 1994: Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bell, Daniel, 1976: Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technik im Widerstreit. Frankfurt: S. Fischer.
- Boudon, Raymond, 2002a: Declino della morale? Declino dei valori? Bologna: il Mulino (frz. Declino de la morale? Declin des valeurs?) Paris 2002.
- Boudon, Raymond, 2002b: Raisons, bonnes raisons. Paris: PUF.
- Burgess, Ernest W./ Heavey J. Locke und Mary M. Thomas, 1953: The Family. From Institution to Companionship. New York: American Book Company.
- Coleman, James, 1991: Grundlagen der Sozialtheorie. Bd. 1, München: Oldenbourg.
- Damm, O., 1975: Gleichheit. S. 97-104 in: Otto Brunner u.a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 2, Stuttgart: E. Klett.
- Denz, Hermann u.a., 2001: Die Konfliktgesellschaft. Wertewandel in Österreich 1990-2000. Wien: Czernin Verlag.
- Döring, Herbert, 1995: Ist Skepsis gegenüber Institutionen wirklich schädlich für die Demokratie? S. 29-50 in: Helmut Konrad u.a. (Hg.), Staat=Fad. Demokratie heute. Markierungen für eine offene Gesellschaft.
- Durkheim, Emile, 1977: Über die Teilung der sozialen Arbeit, Frankfurt (zuerst veröff. 1893).
- Esser, Hartmut, 1993: Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt/ New York: Campus.
- Etzioni, Amitai, 1997: Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt/New York: Campus.
- Fukuyama, Francis, 2002: Der große Aufbruch. Wie unsere Gesellschaft eine neue Ordnung erfindet. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Grausgruber-Berner, Rosemarie und Alfred Grausgruber, 1990: Humankapital. Fördern oder Vergeuden? Wien: Signum Verlag.
- Haller, Max, 1987: Soziale Normen und Gesellschaftsstruktur. S. 39-64 in: T. Meleghy u.a. (Hg.), Normen und soziologische Erklärung. Innsbruck-Wien: Tyrolia Verlag 1987.
- Haller, Max, 1992: Die Wertorientierungen der Österreicher im Wandel. S. 8-14 in: H. Görlich und H. Michl (Hg.), Gesellschaft und Lehrerbildung – Herausforderungen an die Pädagogischen Akademien, Theorie und Praxis. Texte zur Lehrerbildung. H.1.
- Haller, Max, 1995: Gesellschaftliche Bedingungen und Träger demokratiefähiger Einstellungen und Verhaltensweisen. S. 135-177 in: H. Konrad et al. (Hg.), Staat = Fad. Demokratie heute. Markierungen für eine offene Gesellschaft, Graz: Leykam.
- Haller, Max, 2001: Österreich im neuen Europa. Ausbruch aus der ständisch-korporativen Gesellschaft? S. 45-55 in: Macht – Freiheit – Staat. Eine BAWAG-Anthologie zur offenen Gesellschaft. Wien: Ueberreuter.
- Haller, Max, 2002: Theory and method in the comparative analysis of values. Critique and Alternative to Inglehart. European Sociological Review 18:139-158.
- Haller, Max, 2003: Soziologische Theorie im systematisch-kritischen Vergleich. Opladen: Leske + Budrich/UTB (2. Aufl.).
- Haller, Max und Kurt Holm (Hg.), 1987: Werthaltungen und Lebensformen in Österreich. Ergebnisse des Sozialen Survey 1986. München: R. Oldenbourg/ Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Haller, Max u.a. (Hg.), 1996: Österreich im Wandel. Werte, Lebensformen und Lebensqualität 1986 bis 1993. Wien/München: Verlag für Geschichte und Politik/ München: Oldenbourg Verlag.
- Haller, Max, Franz Höllinger und Martin Gomitschak, 2000: Attitudes toward gender roles in international comparison. New findings from twenty countries. S. 131-152 in: Rudolf Richter und Sylvia Supper (Hg.), New Qualities in the Life Course. Intercultural aspects. Würzburg: Ergon Verlag.

- Haller, Max und Markus Hadler, 2002: Wer hat von den politischen Reformen der 90er Jahre profitiert? Modernisierungsgewinner und -verlierer in Ost- und Westeuropa und den USA. Europäische Rundschau, Februar 2002: 115-127.
- Haller, Max und Christian Troy, 2003: Umwelteinstellungen und Umweltverhalten im internationalen Vergleich. SWS-Rundschau 43:81-105.
- Haller, Max und Markus Hadler, 2004: Happiness as an expression of freedom and self-determination. S. 207-231 in: Wolfgang Glatzer, Susanne von Below und Matthias Stoffregen (Hg.), Challenges for the Quality of Life in Contemporary Societies, Kluwer Acad. Publ.
- Hanisich, Ernst, 1994: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien: Ueberreuter.
- Hepp, Gerd, 1994: Wertewandel. Politikwissenschaftliche Grundfragen. München/Wien: R. Oldenbourg.
- Hillmann, Karl-Heinz, 1986: Wertewandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Hondrich, Karl-Otto und Claudia Koch-Arzberger, 1992: Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Huizinga, Johan, 1956: Homo Ludens. Vom Ursprung der Kultur im Spiel. Hamburg: Rowohlt.
- Inglehart, Ronald, 1989: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt/ New York: Campus.
- Klages, Helmut, 1984: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen. Frankfurt/ New York: Campus.
- Klages, Helmut, 1993: Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelgesellschaft. Frankfurt/ New York: Campus.
- König, Helmut, 1988: Von der Masse zur Individualisierung. Die Modernisierung des Konservatismus in der Bundesrepublik. Leviathan 2: 252-275.
- Majer, Diemut, 1995: Der lange Weg zu Freiheit und Gleichheit. 14 Vorlesungen zur Rechtsstellung der Frauen in der Geschichte. Wien: WUV-Universitätsverlag.
- Margalit, Avishai, 1999: Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag (amerik. Cambridge 1996).
- Matthes, Joachim (Hg.), 1983: Krise der Arbeitsgesellschaft. Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg. Frankfurt/ New York: Campus.
- Mead, George H., 1968: Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp
- Mitterauer, Michael und Reinhard Sieder, 1977: Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie. München: C.H. Beck.
- Morel, Jiltius, 2003: Radikale Kirchenreform. Für eine mutige Erneuerung. Innsbruck/Wien: Tyrolia-Verlag
- Noelle-Neumann, Elisabeth, 1978: Werden wir alle Proletarier? Zürich: Interfrom.
- Nußbaum, Martha, 1999: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Parsons, Talcott, 1964: Alter und Geschlecht in der Sozialstruktur der Vereinigten Staaten, S. 65-83 in: derselbe, Soziologische Theorie. Darmstadt/ Neuwied: Luchterhand, (amerik. zuerst 1942).
- Plasser, Fritz, Peter A. Ullram und Franz Sommer (Hg.), 2000: Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum Verlag.
- Popper, Karl R., 1973: Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Prisiching, Manfred, 1998: Die McGesellschaft. In der Gesellschaft der Individuen. Graz/ Wien/ Köln: Styria.
- Ressler, Regina, 2002: Bestimmungsfaktoren zur allgemeinen Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Wirtschaft und Gesellschaft 28: 201-228.
- Riesman, David, 1958: Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters. Reinbek: Rowohlt (amerikanisch zuerst 1950).

- Rosenmayr, Leopold, 1989: Ein neues tragfähiges Gefüge zwischen den Geschlechtern und den Generationen? S. 67-101 in: Neuberger Gespräche. Regionale Identität 2. Wien/ Köln/ Graz: Böhlau.
- Rofltaucher, Sigrid, 2004: Von Realisten und Konformisten – Wider die Theorie der Wertsynthese. Kölner Zeitschrift f. Soziologie u. Sozialpsychologie 56: 407-431.
- Schelsky, Helmut, 1975: Die Arbeit und die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schwarz, Erwin K. und Ute, 1992: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie. Reinbek: Rowohlt.
- Schwanik, Uwe und Ute Folkmann (Hg.), 2000: Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme. Opladen: Leske + Budrich.
- Schoeck, Helmut, 1966: Der Neid und die Gesellschaft. Freiburg/Basel/ Wien: Herder.
- Schoeck, Helmut, 1971: Ist Leistung unanständig? Zürich: Edition Interfrom AG.
- Schulz, Wolfgang, 1983: Von der Institution ‚Familie‘ zu den Teilbeziehungen zwischen Mann, Frau und Kind. Soziale Welt 34: 401-419.
- Schulze, Gerhard, 1992: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwartsgesellschaft. Frankfurt/ New York: Campus.
- Schwitzer, Albert, 1981: Kultur und Ethik. München: Beck.
- Sickinger, Hubert und Rainer Nick, 1990: Politisches Geld. Parteienfinanzierung in Österreich. Thaur: Kulturverlag.
- Simmel, Georg, 1923: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. München/ Leipzig: Duncker & Humblot.
- Stäntzer, Gudrun, 2003: Gesellschaftspolitische Defizite im Sport, Graz: Rechtswissenschaftliche Dissertation.
- Topqueville, Alexis de, 1976: Über die Demokratie in Amerika. München: dtv (frz. zuerst 1835).
- Tönnies, Sybille, 1997: Der westliche Universalismus. Eine Verteidigung klassischer Positionen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Weber, Max, 1973: Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik. Stuttgart: Kröner.
- Wolfe, Alan, 1989: Whose Keeper? Social Science and Moral Obligation. Berkeley/ Los Angeles/ London: University of California Press.
- Zahn, Ernest, 1960: Soziologie der Prosperität. Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen des Wohlstands. München: dtv.